



MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe April 2024



Foto: Günter Laurer

KATHARINA BARLEY STIMMT AUF EUROPAWAHL EIN

VON MARTINA STAMM-FIBICH

Anlässlich des Internationalen Frauentags, konnten wir am 9. März im E-Werk mit Katharina Barley eine engagierte und überaus kompetente Europa-Politikerin in einem übervollen Saal begrüßen. Vielen haben damit gezeigt, dass der Weltfrauentag für sie keine leere Worthülse ist. Sondern dass er auch heute noch Bedeutung hat. Denn trotz vieler Fortschritte ist längst noch nicht alles okay in Sachen Gleichberechtigung.

Wichtig ist uns, dass wir mit unseren Veranstaltungen dies immer wieder in Erinnerung rufen und dafür sorgen, dass Frauen gesehen und ihre Anliegen ernst genommen werden. Die ganze Geschichte der Frau in der Gesellschaft ist die Geschichte von Unsichtbarkeit. Denn während Männer erfolgreiche Wissenschaftler, Schriftsteller, Architekten und Herrscher waren, blieben Frauen die Randnotiz.

Die überwiegende Anzahl an berühmten Namen ist männlich. Unsere Geschichts-Schreibung ist männlich. Und damit unser kollektives Gedächtnis. In diesem Gedächtnis haben Männer Opern komponiert, Bücher geschrieben, Kathedralen gebaut, Kriege angezettelt und mit Erfindungen dafür gesorgt, dass unser aller Leben besser wird. Bequemer, einfacher und komfortabler. Männer

haben geforscht und medizinische Fortschritte erdacht. Männer waren sichtbar. Frauen waren es nicht.

Doch nicht sichtbar zu sein, bedeutet ja nicht, dass man nichts leistet. Ende des 19. Jahrhunderts begannen Wissenschaftler das Rätsel des Lebens zu entschlüsseln. Es ist die Geburtsstunde der Biologie. Auch weil es erst jetzt leistungsstarke Mikroskope gibt. Und unter den vielen Wissenschaftlern forscht in den USA auch eine Wissenschaftlerin: Nettie Stevens. Nettie Stevens beobachtet Zellen von Mehlwürmern und möchte dabei herausfinden, wann sich entscheidet, ob es ein männlicher oder ein weiblicher Mehlwurm wird. Sie vermutet schon damals, dass es mit den Chromosomen zusammenhängt. Bisher geht die Wissenschaft davon aus, dass äußere Einflüsse wie Ernährung oder Temperatur das Geschlecht bestimmen. Doch Nettie Stevens soll Recht behalten. Ihr Forschungsergebnis steht heute in den



Martina Stamm-Fibich,
Unsere SPD-Bundestagsabgeordnete

>> Seite 3

TERMINE

08.04.	20:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, 14. OG	S. 15
09.04.	19:30	Juso-Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 26
10.04.	19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktsitzung	Gasthaus „Zum Schloss“, Schlossgasse 7	S. 23
10.04.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsitzung	Bügereff Berliner Platz Berliner Platz 1	S. 25
10.04.	15:00	AG 60+	Thalermühle	S. 27
11.04.	20:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktsitzung	Trattoria da Tommaso, Schießhausstr. 3	S. 25
15.04.	19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, 14. OG	S. 15
16.04.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsitzung	Pizzeria Romano, Schronfeld 74	S. 24
18.04.	20:00	Jahreshauptversammlung	Turnerbund, Spardorfer Str. 79	S. 19
20.04.		Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 4
22.04.	19:30	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, 14. OG	S. 15
24.04.	20:00	Distrikt West: Distriktsitzung	Gasthof Gütthlein, Dorfstraße 14	S. 24
24.04.	19:30	Juso-Sitzung	noch offen	S. 26
29.04.	19:00	Fraktionssitzung der SPD-Stadtratsfraktion	Rathaus, 14. OG	S. 15

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt

Vorsitzende:

Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:

Fynn Geifes

Friedrich-List-Str. 5

91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22

Telefax: 09131 812 65-13

Mail: buero@spd-erlangen.de

Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:

Sparkasse Erlangen

IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Mo geschlossen

Di 08:00 - 11:30 Uhr

Mi 17:00 - 19:00 Uhr

Do geschlossen

Fr 08:00 - 11:30 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

Vorsitzender:

Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:

Katja Rabold-Knitter

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225

Mail:

spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Bürozeiten

Mo 09:00 - 13:00 Uhr

Di 09:00 - 13:00 Uhr

Mi geschlossen

Do 09:00 - 13:00 Uhr

Fr geschlossen

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Kreisverband Erlangen,

Friedrich-List-Str. 5

91054 Erlangen

monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:

Christian Stiegler

(cs, presserechtlicher Verantwortli-

cher, Anschrift wie oben),

Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:

Munib Agha, Stefan Barth, Philipp

Dees, Monika Fath-Kelling, Katrin

Hurle, Lisa Kaufmann, Felix Klingert,

Volker Lang, Sandra Radue, Andreas

Richter, Rolf Schowalter, Christian

Stiegler, Felizitas Traub-Eichhorn,

Sophia Waldmann

Druck:

Onlineprinters GmbH, Fürth

Auflage:

500 Stück

Biologie-Büchern: Die Information liegt auf den Geschlechts-Chromosomen.

Das Paper, das Nettie Stevens schreibt und damit ihre Entdeckung veröffentlicht, liest auch ihr Vorgesetzter, der Leiter des biologischen Instituts, an dem Stevens arbeitet, Edmund Wilson. Und er verfolgt zunächst den Forschungsansatz, dass das Geschlecht über äußere Faktoren vererbt wird. Doch nach der Lektüre des Artikels springt er auf Nettie Stevens Zug auf und veröffentlicht eigene Studien, die Nettie Stevens Theorie stützen.

In den Geschichtsbüchern aber steht nur Edmund Wilson als Entdecker dieses Phänomens. Nettie Stevens wird als Mitarbeiterin genannt. Wenn sie überhaupt genannt wird. Sie steht nicht in den Geschichtsbüchern. Obwohl sie Geschichte schreibt. Sie erlangt keinen Ruhm. Obwohl sie die Entdeckerin ist. Nettie Stevens bleibt unsichtbar. Wie so viele Frauen, die zwar das Privileg hatten, lernen zu dürfen. Denen aber die Sichtbarkeit verwehrt wurde.

Das Privileg, lernen zu dürfen, hatten sowieso nur sehr wenige Frauen. Die meisten Frauen waren – gerade während der Industrialisierung – dazu verdammt, in Armut und Elend ums Überleben zu kämpfen und politisch wie gesellschaftlich unsichtbar zu sein. In diesem Zeitgeist formiert sich schließlich Widerstand. In den 1890er Jahren entsteht die Frauenstimmrechtsbewegung. Die SPD hat im Übrigen als einzige Partei bereits 1891 das Frauenstimmrecht ins Parteiprogramm geschrieben. Zeitgleich setzen überregional agierende Aktivistinnen das Thema Frauenwahlrecht auf die politische Agenda. Die bekannteste dieser Aktivistinnen ist Clara Zetkin. Bis 1917 SPD-Mitglied, später dann bekennende Kommunistin. Aber auch Helene Lange und Minna Cauer publizieren und halten Vorträge. Und tragen ihre Anliegen damit in die Öffentlichkeit. Sie werden sichtbar.

1910 findet die Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in



Ein volles E-Werk: Beim SPD-Frauenempfang.
Foto: Günter Laurer

Kopenhagen statt. Und auf ihr wird der erste Frauentag ausgerufen. Am 19.03.1911 findet er schließlich statt, der erste Frauentag. Es ist eine öffentliche Veranstaltung. Er macht Frauen sichtbar. Und vor allem ihre Forderungen. 1917 verkündet Kaiser Wilhelm II. seine Osterbotschaft. Er plant das Wahlrecht zu reformieren. Diese Botschaft ist aber nur für die Herren der Welt eine frohe. Dass Frauen im Zuge dieser Reform ein Wahlrecht erhalten, wünscht der Kaiser nicht.

Und damit beginnt die Kampfphase. Die einzelnen politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die sich für ein Frauenwahlrecht einsetzen, schließen sich zusammen. Aus Einzelkämpferinnen wird ein Netzwerk. Frauen unterstützen sich gegenseitig. Und haben Erfolg. Denn seit 1918 gibt es in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht auch für Frauen.

Zwei Punkte erscheinen mir hier bedeutsam: Erstens müssen Frauen sichtbar sein, wenn sie Dinge verändern wollen. Und vor allem wenn sie ihre Interessen durchsetzen wollen. Und zweitens müssen sie zusammenhalten. Sie müssen sich unterstützen. Sie müssen Netzwerke bilden.

Heute ist vieles anders. Frauen gehen wählen und werden gewählt. Ja, sie können sogar Kanzlerin werden. Und für eine beachtlich lange Zeit bleiben. Und seit fünf Jahren ist auch die Präsidentin der Europäischen Kommission eine Frau: Ursula von der Leyen.

Jüngst hat die konservative Parteienfamilie EVP von der Leyen erneut zur Spitzenkandidatin gewählt. Frauen studieren und veröffentlichen ihre Forschungsergebnisse unter eigenem Namen. Frauen haben Möglichkeiten. Möglichkeiten, die sie früher nicht hatten. Und doch sind Frauen auch heute noch unterrepräsentiert und ihre Interessen bleiben häufig unsichtbar.

2024 liegt der Frauenanteil im Deutschen Bundestag bei 35,3 Prozent. Und das, obwohl in Deutschland rund eine Million mehr Frauen lebt als Männer. Im Europäischen Parlament sieht es etwas besser aus. 40,4 Prozent der Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind Frauen. Der Frauen-Anteil liegt über dem Durchschnitt der nationalen Parlamente. Gleich dem der Männer ist er aber auch dort noch lange nicht.

Ruandas Parlament hat im Übrigen einen Frauenanteil von 61,3 Prozent. Es geht also auch anders. Und im Europäischen Parlament sind 8 von 14 Vizepräsidenten Präsidentinnen. Das ist gut. Und muss so bleiben. So bleiben darf wiederum nicht, dass Frauen unsichtbar sind, wenn sie unbezahlte Sorgearbeit leisten. Denn während sie sich um Kinder, kranke Eltern, den Haushalt oder das nächste Kita-Fest kümmern, können sie schon nicht politisch aktiv sein. Oder für ihre Rente vorsorgen. Oder Karriere machen.

Im Jahr 2022 haben laut Statistischem Bundesamt Frauen durch-

schnittlich 14,6 Monate Elternzeit beantragt. Männer dagegen nur durchschnittlich 3,6 Monate. Und nach der Elternzeit kehren häufiger die Mütter in Teilzeit zurück in den Job als die Väter.

In Zahlen: 66 Prozent der Mütter arbeiten in Teilzeit. Und 7 Prozent der Väter. Der Gender Care Gap bemisst eben diese Lücke der unbezahlten Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern. Aktuell beträgt er 43,8 Prozent. Und das bedeutet, dass Frauen pro Woche im Durchschnitt etwa 9 Stunden mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit aufwenden als Männer.

Ich weiß nicht, ob es Euch auch so geht. Doch in den Wochen um den Frauentag herum da höre ich von Gaps bis mir die Ohren bluten. Pay Gap, Care Gap, Data Gap. Und versteht mich nicht falsch, ich finde es wichtig, dass wir von diesen Gaps – von diesen Gerechtigkeitslücken – hören. Nur würde ich diese Botschaften gerne übers Jahr verteilt hören.

Heute, morgen und an Weihnachten auch. Denn diese Ungerechtigkeit ist immer da. Nicht nur am Weltfrauentag. Und dass sie immer da ist, das ist schlecht. Denn unsere Interessen sind wichtig. Und manchmal gesellschaftlich sogar besser.

Die Analysen der Landtagswahl in Bayern 2023 haben gezeigt, dass Frauen sozialer wählen, eher den Blick auf die Gemeinschaft im Fokus haben als Partikularinteressen. Und die Wahlen in Polen bestätigen



Für uns nach Europa – Katarina Barley. Foto: Günter Laurer



Impressionen vom SPD-Frauenempfang. Foto: Günter Laurer

diese Tendenz. Frauen haben bei der Wahl in Polen im vergangenen Oktober eher linksliberal gewählt. Und damit dafür gesorgt, dass die PiS-Partei abgewählt wurde. Das macht Mut. Auch für die Europawahl im Juni. Auch in diesen Zeiten gewinnen nicht immer die Rechten.

Dass wir mit Katharina Barley eine leidenschaftliche Rednerin für unseren Frauenempfang gewinnen konnten, war ein großer Glücksgriff. Mit ihr hat die SPD eine Europäerin durch und durch als Spitzenkandidatin für die Europawahl. Aufgewachsen in einem politischen Elternhaus. Mit einem britischen Vater und einer deutschen Mutter. Das Studium in Paris absolviert. Katarina Barley lebt Europa. Und als Juristin kennt sie nicht nur die Gesetzesbücher, sondern vor allem das Prinzip des Rechtsstaates. Und was es für uns bedeutet. Nämlich Verlässlichkeit, Sicherheit und Schutz vor Willkür.

Seit 2019 ist Katarina Barley Mitglied und Vizepräsidentin des Europaparlaments. Sie ist eine entschiedene und leidenschaftliche Kämpferin für ein geeintes Europa. Sie lebt Europa. Der Krieg in der Ukraine hat uns gezeigt, dass ein starkes und geeintes Europa nicht aus der Mode gekommen ist. Sondern die Zukunft ist. Die einzige, die uns schützen kann. Katarina Barley warnt eindringlich vor einem „Europa der Vaterländer“, wie es die Rechten nennen. Sie sagte erst kürzlich im ZEIT-Interview „Ein Durchmarsch der Rechten wäre das Ende von allem, wofür die EU steht

– und damit das Ende der EU selbst.“ Deshalb ist die Europa-Wahl im Juni von so großer Bedeutung. Nein, Europa zu leben ist nicht einfach. Es erfordert Verständnis, Zuhören, Kompromisse. Doch ohne Europa geht es nicht. Und deshalb dürfen wir keinesfalls den Rechten das Feld überlassen. Wir müssen unsere Werte stark machen.

Denn soziale Kernthemen sind Themen, die die Belange von Frauen sichtbar machen: Eine gerechte Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Eine Politik, die Frauen wie Männern gleiche Chancen ermöglicht. Im Privaten wie im Beruf. Eine Politik, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit will. Eine Politik, die mit Stereotypen aufräumt. Stereotypen, die Männern alles zutrauen und Frauen nichts. Doch Politik ist kein abstraktes Wesen. Politik, das sind wir. Wir Frauen. Mit unseren Ideen, Idealen, Träumen und Werten. Wir alle haben etwas zu sagen. Wir können gestalten. Wir müssen uns sichtbar machen und mit unserer Sichtbarkeit Dinge verändern.

Und dafür müssen wir zusammenarbeiten. Netzwerke gründen und Netzwerke pflegen. Wir müssen uns unterstützen und gemeinsam daran arbeiten, dass besser wird, was heute noch schief läuft.

Mit unserem Empfang haben wir dazu ein Stück dazu beigetragen. Wir wollen dies auch in Zukunft tun. Am Internationalen Frauentag und an allen anderen 364 Tagen im Jahr.



WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

**01.04. Marianne Titiz
79 Jahre**

**01.04. Renate Habermeier-Straube
83 Jahre**

**01.04. Wolfgang Kummer
76 Jahre**

**02.04. Karl-Heinz Bauer
71 Jahre**

**03.04. Irina Seide
77 Jahre**

**04.04. Gerd Peters
81 Jahre**

**06.04. Jürgen Gräser
65 Jahre**

**09.04. Bernhard Richter
68 Jahre**

**09.04. Jutta Thiessen-Meier
66 Jahre**

**09.04. Klaus Schramm
85 Jahre**

**09.04. Wolfgang Niclas
72 Jahre**

**12.04. Hildegard Gröger
69 Jahre**

**15.04. Frank Eschenbacher
67 Jahre**

**15.04. Manfred Symanek
92 Jahre**

**15.04. Martha Beck
71 Jahre**

**17.04. Harald Völker
72 Jahre**

**19.04. Renate Bauer
72 Jahre**

**20.04. Armin Braun
85 Jahre**

**20.04. Claus Uhl
85 Jahre**

**22.04. Heinrich Häusinger
86 Jahre**

**24.04. Herbert Ziegler
76 Jahre**

**27.04. Heidrun Schroeder
87 Jahre**

**28.04. Brunhilde Hummich
84 Jahre**

**28.04. Helmut Maulwurf
70 Jahre**

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten Monats-
spiegel Mai 2024

20. April 2024

WIR TRAUERN UM URSULA RECHTENBACHER

VON PHILIPP DEES

Anfang März ist Ursula Rechtenbacher wenige Tage nach ihrem 90. Geburtstag verstorben. Unsere Stadt und unsere Partei hat sie nicht nur in den 18 Jahren als Stadträtin und den davon 10 Jahren als Bürgermeisterin geprägt, sondern weit darüber hinaus.

Zum (partei-)politischen Engagement kam Ursula Rechtenbacher Ende der 1960er Jahre über die Erlanger Wählerinitiative für Willy Brandt. Von dort führte sie der Weg zur Kandidatur bei der Stadtratswahl 1972, bei der sie von einem wenig aussichtsreichen Listenplatz aus mit einem hervorragenden persönlichen Ergebnis in den Stadtrat gewählt wurde – als eine von damals lediglich drei Frauen in der 24-köpfigen SPD-Fraktion. Dort lag der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit auf der Sozialpolitik, und dort hat sie mit ihrem Einsatz viel erreicht: Die Gründung des Seniorenbeirats, dem ersten in Bayern; den Ausbau von Kindergärten, der in den 1970er Jahren noch hoch umstritten war, und die Einrichtung von Spiel- und Lernstuben; Räume und Einrichtungen für Frauen wie Frauenzentrum, Frauenhaus und Mütterzentrum; und vieles mehr.

Und trotz dieses Einsatzes und trotz eines auch 1978 hervorragenden persönlichen Ergebnisses bei der Stadtratswahl war es 1980, nach dem Tod von Friedrich Sponsel, kein Selbstläufer, dass Ursula Rechtenbacher Bürgermeisterin wurde. Denn es gab immer noch viele – und einige davon auch in der SPD –, die der Meinung waren, eine Frau könne ein



solches Amt nicht ausüben (und das, obwohl Erlangen mit Anna Pirson bereits Ende der 1940er Jahre eine Bürgermeisterin hatte). Ursula hat sich mit Unterstützung gerade vieler SPD-Frauen gegen diese Bedenken durchgesetzt, die Nominierung durch die SPD und schließlich die Wahl im Stadtrat gewonnen. Und sie hat nach der Wahl sehr schnell bewiesen, wie falsch die Bedenken waren, und sich mit ihrer Amtsführung hohen Respekt erworben. Respekt, der weit über das Ausscheiden von Ursula Rechtenbacher 1990 fortgewirkt hat: Wenn Ursula auch noch in den letzten Jahren in der Stadt unterwegs war, dann konnte man den Respekt und die Anerkennung ihrer Person gegenüber immer wahrnehmen. Und auch die Ehrungen, die sie erhalten hat, der Ehrenring der Stadt Erlangen genauso wie die August-Bebel-Uhr der Erlanger SPD und einiges mehr sind Ausdruck dieses Respekts.

Neben den sozialen Themen, die sie weiterhin bearbeitete, bekam Ursula Rechtenbacher als Bürgermeisterin ein neues Tätigkeitsfeld in den Städtepartnerschaften: In den

Beziehungen mit Eskilstuna brachte sie sich ein, und sie war maßgeblich am Aufbau der Städtepartnerschaft mit Jena ab 1987 beteiligt und hat dort insbesondere mit dafür gesorgt, dass neben den offiziellen Kontakten zu den Funktionär*innen der Stadt auch – von offizieller Jenaer Seite unerwünschte – Kontakte zu „normalen“ Bürger*innen und auch Oppositionellen entstanden. Nach ihrem freiwilligen Ausscheiden aus ihren politischen Funktionen hat Ursula Rechtenbacher sich wieder verstärkt ihrer Familie und ihrem privaten Leben gewidmet. Aber sie ist immer auch ein politischer Mensch geblieben und hat vor allem die Stadtpolitik weiter intensiv verfolgt – und sie war für viele eine Ratgeberin, die aus ihren Erfahrungen wie aus ihrem – nicht nur politischen – Netzwerk Orientierung geben konnte.

In Erlangen hat ihr Wirken Spuren hinterlassen. In Erlangen gibt es zahlreiche Einrichtungen, Errungenschaften, die es ohne Ursula Rechtenbacher nicht oder zumindest nicht so gäbe. Aber darüber hinaus hat Ursula Spuren hinterlassen bei ganz vielen Menschen, die mit ihr zu tun hatten: Durch ihren Einsatz, ihre politische Überzeugungskraft genauso wie durch ihre verbindliche, offene und auch liebenswürdige Art, auf Menschen zuzugehen. So werden wir Ursula in Erinnerung behalten. Wir sind traurig, dass sie nicht mehr unter uns ist. Und gleichzeitig können wir froh und dankbar sein, dass sie eine von uns war und sie für uns und mit uns Politik gestaltet hat.

REDEBEITRAG VON WIR PRO StUB AUF DEM FFF-KLIMASTREIK

AM 1. MÄRZ IN ERLANGEN

VON LISA KAUFMANN

Am 01.03.2024 ging Fridays For Future deutschlandweit unter dem Hashtag #Wirfahrezusammen auf die Straße: für Mobilität für alle, für klimagerechte Investitionen in der Verkehrspolitik und für bessere Arbeitsbedingungen im Bus- und Bahnverkehr.

In Erlangen haben wir gerade auch mit dem nahenden Ratsentscheid zur Verlängerung der Nürnberger Straßenbahn über Erlangen nach Herzogenaurach (Stadt-Umland-Bahn) ein akutes Thema, bei dem unser aller persönlicher Einsatz für die Verkehrswende wichtig ist. Auch Fridays For Future befürwortet die StUB seit vielen Jahren:

<https://fridaysforfuture.de/ortsgruppen/erlangen/stub/>

Das Bündnis "WIR PRO StUB" unterstützt deshalb Fridays For Future Erlangen beim Klimastreik. Für das Bündnis hat Henning Zimmermann vor den rund 600 Teilnehmenden gesprochen. Henning organisierte einst die Klimastreiks in Erlangen mit und ist derzeit neben seinem Masterstudium "Urbane Zukunft" auch beruflich im Bereich des öffentlichen Verkehrs tätig.

DER REDEBEITRAG IM WORTLAUT:

Hi Leute! Super, dass ihr da seid und super schön hier zu sein. Ich vertrete heute das Bündnis Wir Pro StUB – wir bestehen aus zahlreichen Organisationen, Parteien, Firmen und Privatpersonen, die hinter der Mobilitätswende und der Stadt-Umland-Bahn stehen. Vorneweg erstmal solidarische Grüße an die Streikenden von Verdi in den restlichen Bundesländern. Schon heute fallen immer wieder Fahrten aus, weil wir zu wenig Personal in der Branche haben. Dabei ist klar: Es müssten eigentlich mindestens doppelt so viele Busse und



Bahnen fahren. Also: Macht diese Jobs attraktiver: Hört auf die Gewerkschaften. Wir fahren zusammen!

Mein Name ist Henning und wer von euch schon länger dabei ist, kennt mich vielleicht sogar noch. Vor mittlerweile 5 Jahren habe ich die Ortsgruppe von Fridays for Future in Erlangen mit aufgebaut und war, bis ich 2021 aus Erlangen weggezogen bin, aktiv. Ich setze mich nach wie vor fürs Klima und vor allem für die Mobilitätswende ein. Inzwischen auch beruflich in der Bahnbranche. Und ich kann euch aus eigener Erfahrung sagen, dass dieses Land und auch diese Regierung zu wenig Geld in die Öffis steckt. Das mit den mangelnden Investitionen gilt für die Löhne der Arbeiter:innen, genauso wie für die Infrastruktur. Das gilt inzwischen seit über 30 Jahren. 30 Jahre, in denen Sozialdumping im Verkehrsbereich immer häufiger wurde. 30 Jahre, in denen die Personaldecke abgebaut wurde. 30 Jahre, in denen die Bahn runtergewirtschaftet wurde. 30 Jahre, in denen die Emissionen im Verkehrssektor gleich blieben oder stiegen, und 30 Jahre, in denen viele sinnvolle Öffi-Projekte wie die StUB – die Verlängerung der Nürnberger Straßenbahn nach Herzogenaurach – verschoben oder blockiert wurden, statt sie zu bauen. Das kann so nicht weitergehen.

Aber gut 30 Jahre nachdem die CSU die StUB damals gestoppt hat, haben wir in Erlangen große Fortschritte gemacht! In den letzten 8 Jahren wurde in Nürnberg Erlangen und Herzogenaurach in einem deutschlandweit vorbildlichen Bürger:innenbeteiligungsprozess geplant. Die Trasse hat sich in der Zeit auf Vorschläge der Bürger:innen stark verändert. Raus aus dem Bannwald auf die Trasse der alten B4, Raus aus der Fußgängerzone hin zum Himbeerpalast und außenrum um die sensibelsten Teile des Wiesengrundes. Viele Kilometer Straßen zu Straßenbahngleisen. Es wurden unzählige Trassenvorschläge geprüft und die beste Straßenbahn, die man nach geltendem Recht bauen darf, für Erlangen entworfen. This is what democracy looks like!

Inzwischen ist die Planung abgeschlossen. Wir stehen kurz vor einem riesigen Qualitätssprung für Erlangens ÖPNV. Leise, leistungsfähig, mit 100% Ökostrom, viel effizienter und barrierefreier als Busse und vor allem: Auf einigen Abschnitten deutlich schneller und bequemer als das Auto. Das Beste: Das Land und der Bund zahlen 90 Prozent! Konkret: über eine halbe Milliarde Euro. Das muss man in einem Land, wo viel zu wenig Geld in die nachhaltige Mobilität fließt, einfach unterstützen. Wir stehen kurz vor Erlangens größtem Schritt zur Mobilitätswende, seit Er-

langen in den 70ern zur Fahrradstadt wurde. Auch Fridays For Future hat in der Region dafür 5 Jahre lang gekämpft. Es wird Zeit!

Aber vorher ist das Projekt noch einmal in Gefahr! Ein wilder Mix aus Gegner:innen möchte, dass die StUB nicht gebaut wird und die Mobilitätswende in die ferne Zukunft verschieben oder gleich ganz absagen. Die Gegner:innen kommen aus der AfD, Teilen der Erlanger CSU, Teilen ÖDP und der Erlanger Linken. Letztere behaupten immer für das Projekt zu sein, aber für eine Variante, die nicht realisierbar ist. Das Projekt wäre damit gelaufen oder würde nochmal wesentlich später kommen. Gestern hat der Stadtrat beschlossen, dass es einen Bürgerentscheid über die StUB gleichzeitig mit der Europawahl geben soll. Dieser findet in exakt 100 Tagen, am 09. Juni statt. Würde die StUB jetzt auf den letzten Metern scheitern, wäre das ein fatales Signal. Nicht nur für die Mobilitätswende in der Region, sondern auch für ganz Deutschland. Die StUB ist das größte Straßenbahnprojekt in der Bundesrepublik. In Wiesbaden scheiterte 2020 mit der Citybahn ein ähnlich großes Straßenbahnprojekt an einem Bürger:innenentscheid. Lasst uns als Gesellschaft endlich aufhören, solche großartigen Chancen zu verspielen,

während in unseren Nachbarländern die Mobilitätswende vorangeht. Solche Entscheidungen nutzen am Ende nur den Autokonzernen.

Fridays for Future steht für Solidarität, das weiß ich aus meiner Zeit in der Bewegung. Deshalb stehen wir heute Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften. Sollte sich Erlangen allerdings auf eigene Faust gegen die StUB entscheiden, wäre das unseren Nachbarstädten Nürnberg und Herzogenaurach gegenüber höchst unsolidarisch, da auch sie wirtschaftlich und sozial auf die StUB angewiesen sind und damit fest planen, selbst aber nicht mit abstimmen dürfen. Auch gegenüber der stetig wachsenden Anzahl an Menschen, welche aus körperlichen oder ökonomischen Gründen weder mit dem Fahrrad, noch mit dem Auto mobil sein können, wäre ein Nein für die StUB höchst unsolidarisch. Lasst uns also zusammen solidarisch für das Gemeinwohl einsetzen.

Es ist Zeit aufzustehen: Wir haben drei Monate Zeit! Sprecht mit euren Freund:innen und Verwandten. Unterstützt die Mobilitätswende in eurer Region - Unterstützt das Bündnis "Wir Pro StUB" und meldet euch bei uns als Supporter – sprecht uns hier direkt an oder kontaktiert uns über

die Online-Kanäle unseres Bündnisses. Denn eins ist sicher: Wir lassen uns die Mobilitätswende in Erlangen nicht mehr nehmen. Ein Projekt, das verkehrs- sowie sozialpolitisch und gleichzeitig volkswirtschaftlich so sinnvoll ist. Ein Projekt, das umweltfreundliche Mobilität für zehntausende Studierende und zehntausende Arbeitnehmer:innen mehr schafft. Ein Projekt, das die Kinder in dieser Stadt und die Senior:innen in dieser Stadt selbstständig und sicher mobil sein lässt. Ein Projekt, das wie kein anderes für gute Bürger:innenbeteiligung und die ECHTE Mobilitätswende steht, darf nicht scheitern. Geht wählen und werdet aktiv. Jede Stunde Engagement zählt! Vielen Dank.

Die komplette Rede unter:
<https://qrco.de/bevTwc>



**Eintrittskarten
günstiger?**

– gerne!

Für unsere Kunden haben wir Kundenvorteile bei unseren Partnern gesammelt.

Einfach vergünstigte Eintrittskarten über den Rabatt-Link auf unserer Homepage kaufen.

Über unsere Social Media Kanäle informieren wir regelmäßig über neue Vorteile oder Verlosungen.

Homepage
www.sparkasse-erlangen.de/kundenvorteile

Facebook
www.facebook.com/sparkasse.erlangen

Instagram
[@sparkasse_erlangen](https://www.instagram.com/sparkasse_erlangen)



sparkasse-erlangen.de/kundenvorteile

FRÜHVERTEILUNG VON SCHOKOLADE UND INFORMATIONEN ZUR FEMINISTISCHEN VERKEHRSWENDE

VON LISA KAUFMANN

Am 8. März ist der internationale Frauentag und um auf das Thema "Frauen & Verkehr" hinzuweisen, verteilten die SPD Erlangen und die Jusos Erlangen morgens um 7 Uhr um den Bahnhof und die Arcaden herum an freudig überraschte Pendlerinnen Schokolade mit Informationen zur feministischen Verkehrswende.

"Natürlich haben wir im Info-Flyer das derzeit prominenteste Thema der Erlanger Stadtpolitik thematisiert: die Verlängerung der Nürnberger Straßenbahn nach Erlangen, denn darüber darf am 9. Juni in Erlangen abgestimmt werden.", so Sophia Waldmann, Co-Vorsitzende der Jusos Erlangen und Mitglied im Vorstand der Erlanger SPD.

Frauen denken in Mobilitätsketten nicht nur von Zuhause zur Arbeit und zurück, sondern berücksichtigen dabei auch die vielfältigen Sorgearbeiten, die sie in unserer Gesellschaft übernehmen – sei es die Kinderbetreuung, das Erledigen von Einkäufen oder die Begleitung von Angehörigen zum Arzt. Diese Verpflichtungen führen zu einem erhöhten Bedarf an barrierefreier Mobilität und einer zuverlässigen Verkehrsanbindung.

Die Stadt-Umland-Bahn bietet mit ihrer eigenen Schienenführung eine verlässliche Alternative zum Busverkehr, die insbesondere die Unabhän-



gigkeit von Personen erhöht, für die Frauen in der Regel sorgen. Es ist außerdem ein inklusives Verkehrssystem, unabhängig von körperlichen Einschränkungen Mobilität ermöglicht.

Neben barrierefreien Zugängen und genügend Platz bietet die StUB Sicherheit und Selbstständigkeit für alle. Angesichts des geschlechtsspezifischen Lohngefälles sind Frauen besonders auf erschwinglichen und effizienten öffentlichen Nahverkehr angewiesen. SPD-Initiativen wie vergünstigte ÖPNV-Tickets für Inhaberinnen des Erlangen-Passes zeigen, dass wir bereits Schritte in die richtige Richtung unternehmen.

Die unterschiedlichen Erfahrungen von Frauen im öffentlichen Nahverkehr, darunter die Angst vor Übergriffen, werden ernst genommen. Mit der Anpassung des Busnetzes

an die StUB und der Gestaltung neuer, sicherer Haltestellen arbeiten wir an einer sicheren und zugänglichen Mobilität für alle.

Wir laden alle Menschen herzlich ein, sich anhand der (unparteiischen) Folien des Zweckverbands unter <http://www.spd-erlangen.de/stub240118> ein Bild zu machen.

Gerne können selbige auch Folien genutzt werden, um in größerer Runde über das Projekt zu informieren und diskutieren.



ERLANGENPASS NUN FÜR NOCH MEHR BÜRGER:INNEN ZUGÄNGLICH

Kontinuierliche Arbeit der SPD-Fraktion wird sichtbar

In der Sitzung des Stadtrats am 29.02.2024 wurde der Einführung des ErlangenPass mit erweitertem Berechtigtenkreis zum 1. April 2024 zugestimmt.

Dieser Schritt wurde im Zuge der kontinuierlichen Initiative der SPD-Fraktion um mehr soziale Teilhabe und Gerechtigkeit in der Stadt Erlangen verabschiedet.

Die Erweiterung des ErlangenPass gibt mehr Menschen die Möglichkeit, von Vergünstigungen und Ermäßigungen bei verschiedenen städtischen und nicht-städtischen Angeboten zu profitieren. Neben den bisherigen Berechtigten, wie Empfänger*innen von Sozialleistungen und Menschen, die Freiwilligendienste leisten, können nun auch Menschen aus Haushalten mit geringem Einkommen, die jedoch keine Sozialleistungen beziehen, den ErlangenPass erhalten.

„Mit der Erweiterung des ErlangenPass ermöglichen wir noch mehr Zugänge zu wichtigen Angeboten für Menschen mit niedrigem Einkommen, die bisher nicht von den Leistungen des ErlangenPasses profitieren konnten. Diese Entscheidung unterstreicht unser Engagement für eine inklusive und partizipative Stadtgesellschaft“, kommentierte Andreas Bammes, Sprecher für Soziales der SPD-Fraktion, den Beschluss.

Für den erweiterten ErlangenPass gelten Einkommensgrenzen, die von der Haushaltsgröße abhängig sind und regelmäßig angepasst werden. Ob ein Anspruch auf den ErlangenPass bestehen könnte, kann in Kürze unter www.erlangenpass.de mit einem Online-Rechner geprüft und dort dann auch gleich der Antrag ge-



Der ErlangenPass für mehr soziale Teilhabe.
Foto: Stadt Erlangen

stellt werden. Die Gültigkeitsdauer des ErlangenPasses beträgt mindestens 12 Monate ab Ausstellung. Bereits am 16.01.2024 hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur Entwicklung eines einheitlichen Brandings für den ErlangenPass gestellt. Konkret wurde die Verwaltung darum gebeten, ein markantes Emblem zu entwerfen, welches allen Einrichtungen, welche Ermäßigungen für ErlangenPass-Inhaber*innen anbieten, kostenfrei zur Verfügung gestellt werden soll. Damit soll die Sichtbarkeit bestehender Vergünstigungen verbessert werden. Außerdem können so die Anbieter*innen deutlich machen, dass sie sich an einer inklusiven Stadtgesellschaft beteiligen.

„Das verbesserte Branding wird deutlich zur Sichtbarkeit bestehender Angebote für ErlangenPass-Inhaber*innen beitragen, da ein Emblem von entsprechenden Einrichtungen bspw. auf Webseiten oder Mitgliedsanträgen verwendet werden kann“, führt Aydan Eda Şimşek, Sprecherin für Jugend und Familie, weiter aus.

Mit dem ErlangenPass setzt die Stadt Erlangen auf Initiative der SPD-Fraktion ein deutliches Zeichen für soziale Teilhabe und Solidarität und trägt dazu bei, dass alle Bürge-

rinnen und Bürger gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das Branding als Orientierungshilfe wäre ein bedeutender Schritt in Richtung Teilhabe und dient dem Ziel, allen Bürger*innen gleichermaßen den Zugang zu kulturellen und sportlichen Angeboten zu ermöglichen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Philipp Dees, betont: „Die Erweiterung des ErlangenPass ist ein wichtiger Schritt, um noch mehr Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Durch diese Initiative setzen wir unsere politischen Versprechen um und stärken das soziale Gefüge unserer Stadt.“

„WIR STEHEN ENTSCHLOSSEN FÜR DIE STADT-UMLAND-BAHN“

Stadtrat beschließt Bürgerentscheid am 9. Juni – SPD wirbt für ein ‚Ja‘

„Nur mit einem neuen Rückgrat unseres Verkehrssystems, nur mit der Stadt-Umland-Bahn können wir die Herausforderungen im Verkehr, die sich jeden Tag auf unseren Straßen zeigen, nachhaltig lösen.“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees begründet, warum die SPD beim bevorstehenden Bürgerentscheid

zum Bau der Stadt-Umland-Bahn für ein ‚Ja‘ wirbt. Gemeinsam mit vielen Parteien, Verbänden, Unternehmen, Initiativen und auch vielen Bürger*innen, setzt sich die SPD für die StUB ein.

„Wir spüren jeden Tag, dass unser Verkehrssystem an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit ist“, begründet Dees die Unterstützung weiter: „Von der StUB wird die ganze Stadt profitieren, auch die Stadtteile, die nicht direkt an der Strecke liegen: Die StUB schafft die Infrastruktur, die auch schnelle, leistungsfähigere, attraktivere Busverbindungen ermöglicht.“ Gerade die Wöhrmühlbrücke sei dafür essentieller Baustein: „Sie schafft den Bypass, um mehr Busse in und durch unsere Innenstadt zu führen, um Ost, Süd, Nord und West besser miteinander zu verbinden - was bisher wegen der Überlastung der Goethestraße unmöglich ist.“

SPD-Verkehrssprecher Dr. Andreas Richter ergänzt: „Nur mit der StUB lässt sich deutlich motorisierter Individualverkehr zum ÖPNV verlagern. Ein optimiertes Busnetz - und das ist logischerweise völlig unabhängig vom Antrieb elektrische Busse - erreicht laut den Gutachten nur die Hälfte der Entlastungswirkung. Und vor allem kam in den Vergleichen zwischen StUB und Bussystem klar heraus: Für die Erlangerinnen und Erlangern selbst wäre die StUB so attraktiv, dass sie auch für zusätzliche Fahrten im Stadtgebiet genutzt werden würde, ein neues optimiertes Bussystem dagegen nicht. Diese Bahn nützt auch den Menschen, die ein Fahrtziel in Erlangen haben.“ Dees betonte abschließend: „Gemeinsam mit vielen Mitstreiter*innen werben wir für ein ‚Ja‘ beim Entscheid. ‚Ja‘ für die Zukunft unserer Stadt. ‚Ja‘ für einen modernen, erfolgreichen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Vor allem aber: ‚Ja‘ zu mehr Lebensqualität, ‚Ja‘ zu einem leistungsfähigeren, zuverlässigeren, ökologischeren Verkehrssystem, ‚Ja‘ zu mehr ökologischerer Mobilität für alle, ‚Ja‘ zu einer lebenswerten Stadt“.



ERFREULICHE ERGEBNISSE AUS DER UNTERNEHMENS- BEFRAGUNG

Handlungsaufträge für Stadt und gesellschaftliche Akteur:innen

Im Februar wurden die Ergebnisse der aktuellen Unternehmensbefragung vorgestellt. Knapp 900 Betriebe wurden per Post gebeten an der Befragung teilzunehmen. Um die 30 %, die zusammengenommen mehr als 45.000 der Beschäftigten in Erlangen repräsentieren, füllten auch den Fragebogen aus.

Die erfreuliche Nachricht ist, dass mehr als zwei Drittel der Unternehmen angegeben haben, in den kommenden Jahren in den Standort Erlangen investieren zu wollen. Damit einher geht ein zusätzlicher Arbeitskräftebedarf, der nach Angabe der befragten Unternehmen bei mindestens 2700 zusätzlichen Personen liegt. Den höchsten Anteil machen dabei die Hochschulabsolvent:innen und gelernte Arbeitskräfte im gewerblich/technischen Bereich aus.

Ein Schwerpunkt der Befragung lag bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung. Gut die Hälfte der befragten Unternehmen gab an, dass sie Menschen mit Behinderung in ihrer Unternehmung beschäftigt haben. Gut ein Drittel der Befragten gab an, dass ihnen Inklusion in der Personalpolitik wichtig ist, allerdings gaben ebenso viele an, dass ihnen das Thema unwichtig ist.

Außerdem wurde nach der Wichtigkeit des Themas Klimaschutz gefragt. Knapp mehr als die Hälfte gab an, dass sie vom Fahrplan Klima-Aufbruch Erlangen bereits gehört haben. Ebenfalls die Hälfte gab auch an, Interesse am Fahrplan Klima-Aufbruch zu haben. Ebenso viele setzen sich auch einen Zeitplan, bis wann ihr Unternehmen klimaneutral werden soll. Von diesen gaben mehr als zwei Drittel an, bis spätestens Ende 2030 klimaneutral werden zu wollen, weitere 20 % bis 2035.

Der Bericht zur Unternehmensbefragung schließt mit einigen Handlungsempfehlungen ab. Auf der Liste ganz oben steht die Sicherung von Fachkräften, die durch den schärfer werdenden demografischen Wandel wichtiger denn je geworden ist. So wünschen sich einige Unternehmen bessere Weiterbildungsangebote, andere wiederum Hilfen bei der Integration ausländischer Arbeitskräfte. Bei der Kinderbetreuung wird angeregt, nach überbetrieblichen Lösungen zu suchen und die betroffenen Unternehmen zu vernetzen. Insbesondere der Austausch mit bereits aktiven Unternehmen könnte hier lohnend sein. Im Bereich Klimaschutz empfiehlt der Bericht auf Veranstaltungen „Good Practices“ vorzustellen, um damit Unternehmen, die sich beim Thema noch unsicher fühlen, besser zu informieren. Die Wirtschaftsförderung könnte darüber hinaus auch als Vernetzungsstelle zwischen Unternehmen und Akteur:innen in der Region (Energieberater, Initiativen, öffentliche Stellen) fungieren.

Interview mit Sozialreferent Dieter Rosner

Lieber Dieter, als du 2021 das Sozialreferat übernommen hast, warst du zuständig für das Sozialamt und das Jobcenter. Vor zwei Jahren ist das Jugendamt dazugekommen. Was hat sich dadurch verändert?

Mein Verantwortungsbereich und die damit verknüpften Themenstellungen und Führungsaufgaben haben sich enorm erweitert. Das Jugendamt ist mit rund 700 Mitarbeitenden die größte Dienststelle der Stadt Erlangen und das Referat für Jugend, Familie und Soziales umfasst deshalb jetzt rund 950 Beschäftigte. Im sozialen Bereich liegt der Fokus auf Themen wie Armut, Arbeitslosigkeit, Älterwerden, Zuwanderung, bezahlbares Wohnen und soziale Teilhabe in unserer Stadt. Mit dem Jugendamt ist für mich das große Thema „Aufwachsen“ dazu gekommen. Hier geht es vor allem darum, Familien zu stärken und Erziehung früh zu unterstützen durch eine Vielzahl von Beratungs- und Hilfeangeboten. Es geht aber auch darum, eine qualitativ gute und bedarfsdeckende Kinderbetreuung zu organisieren sowie die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu schützen und durchzusetzen.

Was sind momentan besondere Herausforderungen und Entwicklungen?

Die Herausforderungen der letzten drei/vier Jahre schlagen mit voller Wucht auf die Lebenslagen und Stimmungen vieler Menschen durch. Damit meine ich Kriegsereignisse wie in der Ukraine, im Nahen Osten oder anderen Ländern, die eine hohe Zahl schutzsuchender Menschen nach Erlangen führen. Daneben stehen die Herausforderungen der Energiekrise und der Inflation mit steigenden Preisen, ein begrenzter Wohnraum und ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen, die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen bei gleichzeitigem Pflegenotstand oder eine verstärkte



*Dieter Rosner, Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Erlangen
Foto: Stadt Erlangen*

Vereinsamung vieler Menschen seit der Coronakrise.

Auch die Kinder- und Jugendhilfe ist durch die aktuellen Entwicklungen sehr unter Druck. Die Folgen und Nachwirkungen z.B. der Pandemie werden noch lange bestimmend sein. Und die Häufung der Krisen zeigen massive Beeinträchtigungen für die Lebenssituation und die Lebensentwürfe junger Menschen. Zudem ist die Jugendhilfe in einer sehr dynamischen Phase mit zahlreichen neuen gesetzlichen Regelungen und Pflichtaufgaben. Dazu gehört zum Beispiel die Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, das zu mehr Inklusion in den Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe führen soll. Länger laufen schon die Bemühungen, den Rechtsanspruch auf Betreuung im Krippen- und im Kita-Bereich zu gewährleisten und künftig diesen Anspruch auch im Grundschulbereich zu sichern. Das beschäftigt uns permanent und auf den Ganzttag bereiten wir uns intensiv vor.

Für die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stadtjugendamt bedeutet das einen enormen Mehraufwand in einem ohnehin überlasteten Jugendhilfesystem. Pädagogisches Personal fehlt in fast in allen Arbeitsfeldern, von der Kleinkindbetreuung bis zum Jugendwohnen. Das trifft leider gerade alle Träger und nicht nur die Stadt. In der stationären und teilstationären Jugendhilfe wie auch bei

den ambulanten Maßnahmen wurden Kapazitäten deswegen zurückstatt ausgebaut, mit fatalen Auswirkungen auf eine angemessene Versorgung von jungen Menschen und ihren Familien. Zum Glück zeigt die Resilienzforschung, dass viele Kinder und Jugendliche Krisen durchaus gut durchleben und teilweise innerlich gereift und gestärkt aus diesen Situationen herausgehen können. Aber für junge Menschen, die bereits vor den Krisenjahren in der Teilhabe eingeschränkt und belastet waren oder in deren Familien es weitere Risikofaktoren gibt, haben diese Krisen teilweise dramatische und langandauernde Folgen.

Was war Dir jugendpolitisch bislang besonders wichtig und was konnte erreicht werden?

Sehr gefreut habe ich mich darüber, dass der Stadtrat grünes Licht für die Schaffung von Plätzen in Einrichtungen zur Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen in Erlangen und zur Unterbringung von minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten gegeben hat. Der Bedarf ist immens. Pro Jahr werden 50-60 Kinder und Jugendliche vom Stadtjugendamt Erlangen in Obhut genommen, weil sie nicht mehr in Ihrer Familie bleiben können. Sie bleiben wegen fehlender Anschlussmaßnahmen durchschnittlich 6 Wochen in einer Inobhutnahmestelle, vor fünf Jahren betrug die Aufenthaltsdauer noch eine Woche. Das zeigt, wie sehr das ganze System aktuell unter Druck

ist. Ich bin sehr froh, dass in Erlangen jetzt 9 Plätze in einer spezialisierten Einrichtung geschaffen werden und kann mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Jugendamt, die die Umsetzung mit großem persönlichem Einsatz geplant und gemeistert haben, nur sehr herzlich bedanken. Der Dank geht auch an alle, die sich mit hohem Einsatz um die Unterbringung von sog. Unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen (UmA) kümmern. Weitestgehend unbekannt in der Öffentlichkeit ist die gerade deutlich steigende Anzahl von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus Afghanistan, Somalia oder Syrien. Wöchentlich reisen derzeit bundesweit 100 bis 250 UmA ein. Innerhalb eines Jahres ist ein Anstieg der Zugangszahlen um rund 50 % zu verzeichnen. Um eine gerechtere Verteilung der Aufgaben zu erreichen, werden die Kinder und Jugendlichen per Quotenregelung an die Jugendämter zugewiesen. In Erlangen bringt das Stadtjugendamt in Zusammenarbeit mit freien Trägern aktuell 46 unbegleitete minderjährige Ausländer („UmA“) unter und versorgt diese. Auf den steigenden Trend reagieren wir mit dem Aufbau von Einrichtungen wie dem Rokoko-Haus in Erlangen und einer intensiveren Zusammenarbeit mit den Jugendämtern im Großraum. Auch da werden gerade neue gemeinsame Einrichtungen aufgebaut.

Besonders erfreulich fand ich, um ein drittes Thema zu nennen, die Durchführung des ersten Erlanger Kinder- und Jugendgipfels, den der Stadtjugendring in Kooperation mit dem Jugendamt vom 29. September bis zum 01. Oktober 2023 ausgerichtet hat. Mit dieser Veranstaltung wurde Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, sich aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen und somit Mitbestimmung und Teilhabe an Entwicklungen ermöglicht, von denen sie selbst betroffen sind.

Wie ist dein Blick in die Zukunft?

Durchaus ambivalent. Einerseits bleiben die Herausforderungen hoch und wir agieren unter Bedingungen, die wir nicht immer selber gestalten können – Stichwort gesetzliche Aufgabenmehrung, enger werdende finanzielle Rahmenbedingungen und anhaltender Fachkräfte- und Personalmangel.

Hinzu kommt: Viele Bürgerinnen und Bürger sehen sich nicht mehr vorrangig selbst in der Lage, ihre Probleme zu lösen, sondern fordern und brauchen zum Teil auch mehr Unterstützung vom Staat und, da im direkten Lebensumfeld, damit von der Kommune, also der Stadt Erlangen.

Entsprechend hoch sind die Erwartungen von Eltern, und der interessierten Öffentlichkeit, mit den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe diese Probleme zu lösen. Wir werden deshalb nicht umhinkommen, gemeinsam darüber zu diskutieren, was in welchem Umfang künftig leistbar ist und wo wir möglicherweise Prioritäten setzen müssen. Das wird nicht einfach werden. Andererseits bin ich auch zuversichtlich, denn Jugendämter sind erfahrene Krisenbewältiger. Und im Erlanger Jugendamt gibt es engagierte Teams mit hoher Expertise und hoher Einsatzbereitschaft. Damit müssen wir verantwortungsvoll umgehen.

Noch etwas persönliches zum Abschluss: Welche Künstler:innen beeinflussen dich derzeit und hat dies Einfluss auf deine Arbeit als Referent?

Bei mir klingt innerlich immer noch ein Konzert der Gruppe „Beirut“ nach, bei dem ich Mitte Februar in Berlin war. Das hebt immer wieder die Stimmung und das ist wiederum eine gute Grundlage dafür, den alltäglichen Problemen und Herausforderungen mit einer entsprechenden Resonanz zu begegnen.

BETEILIGUNGSPROZESS RUND UM DIE MÖNAUSCHULE WURDE GESTARTET

Eine volle Aula und viele Beteiligte aus der Schulfamilie, der Nachbarschaft, der Politik und der Verwaltung (Stadtjugendamt, Amt für Stadtteilarbeit): Im Februar startete der Beteiligungsprozess, der eine Entwicklung der Mönauschule zur Stadtteilschule begleiten wird. Wie der ISEK-Prozess 2021 feststellte, liegt hier eine große Chance, für Büchenbach Nord mehr Zusammenhalt zu ermöglichen. Ein niedriger Sozialindex und eine sehr vielfältige Bevölkerung aus 110 Nationen lassen ein neues soziokulturelles Zentrum sinnvoll erscheinen. Die Öffnung der Schule ist daher ein naheliegender Schritt, Räume anzubieten, in denen Menschen generationsübergreifend zusammenkommen können. Die Potenziale für außerschulische Angebote sind vielfältig: Sei es die Nutzung durch Sportvereine, die VHS oder andere Bildungsträger – eine wohnortnahe Bildungs- und Begegnungsstätte überzeugt durch niedrigschwelligem und barrierefreiem Zugang.

Aber auch für die Schule liegen die Vorteile auf der Hand: Durch die Herstellung der Einhäusigkeit für die Mittelschule (bisher auf zwei Standorte verteilt) rückt die Schulfamilie näher zusammen, aufwändiges Pendeln zwischen den Schulhäusern entfällt und die Zusammenarbeit im Kollegium wird gestärkt. Die Neuplanung wird die Raumsituation sowohl für Grund- als auch Mittelschule verbessern. Auch die Freiflächen werden durch eine Überplanung eine große Aufwertung erfahren. Zudem werden am alten Standort in



Referentin für Kultur, Bildung und Freizeit Anke Steinert-Neuwirth stellt den Prozess vor. Quelle: privat

Alterlangen Klassenräume frei, die dort für die Hedenus-Grundschule, aber auch für die Realschule und das Albert-Schweitzer-Gymnasium zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Prozess wurde angestoßen durch einen Antrag von SPD und CSU, der die räumliche Verbesserung für die Mittelschule und die Herstellung der Einhäusigkeit forderte. Eine städtische, ämterübergreifende Arbeitsgruppe machte sich im Anschluss daran, Ideen aus anderen Kommunen zu sichten und besuchte im Rahmen einer Exkursion verschiedene Bildungsorte. Mit der Berliner Architekturfirma „Bau-piloten“ wurde zudem ein breiter Beteiligungsprozess angestoßen. Dies wird als „Gelingensfaktor“ für das Projekt und die Akzeptanz im Stadtteil angesehen. Die Firma stellte am Auftaktabend die Methodik und den Zeitplan für die Beteiligung vor und ließ auch Raum für Visionen der beteiligten Akteure. So ist bereits nach der Sommerpause ein Abschlussgutachten mit einem Raum- und Funktionsprogramm geplant. Es wird dann zur Grundlage für einen Planungswettbewerb um die Realisierung dieses Leuchtturmprojekts werden.

Sandra Radue, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion: „Als SPD begleiten wir dies mit großem Interesse, ist doch die Entwicklung von Stadtteilschulen bereits seit 2014 eine Kernforderung im bildungspolitischen Teil unseres kommunalpolitischen Wahlprogramms. Denn dort, wo aus Bildungsorten auch Begegnungsorte für die Stadtteile werden, kann Integration und Inklusion gelingen und eine lebendige Demokratie gedeihen.“

EHRUNG FÜR FRÜHERE SPD-STADTRÄT*INNEN

Gisela Niclas und Robert Thaler wurden ausgezeichnet

Hohe Ehrungen für zwei ehemalige SPD-Stadträt*innen: In einer Fest-sitzung des Stadtrat Anfang Februar erhielt Gisela Niclas den goldenen



Gisela Niclas erhält den goldenen Ehrenring, die zweithöchste Auszeichnung der Stadt Erlangen. Foto: Privat

Ehrenring, die zweithöchste Auszeichnung der Stadt Erlangen, Robert Thaler wurde gemeinsam mit dem früheren CSU-Stadtrat Georg Gebhard mit der Bürgermedaille ausgezeichnet.

Alle drei Geehrten haben gemeinsam, dass sie sich nicht nur in der Politik, sondern auch darüber hinaus engagiert haben: Gisela Niclas beispielsweise als Vorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes und der Naturfreunde, Robert Thaler als langjähriger Vorsitzender des Sport-Stadtverbands und Georg Gebhard beim Stadtverband der Kulturvereine.

„Für die SPD-Fraktion gratuliere ich allen drei Geehrten herzlich, aber natürlich besonders unseren beiden früheren Kolleg*innen, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees: „Beide haben mit ihrer Arbeit unsere Stadt vielfältig geprägt. Gisela Niclas natürlich mit ihrem Engagement als Stadträtin, Bürgermeisterin, Sozialreferentin und Bezirksrätin und ihrem unermüdlichen Einsatz vor allem für soziale Themen. Robert Thaler hat den Erlanger Sport über Jahrzehnte geprägt und daneben auch mit seinem Einsatz für Bau- und Planungsfragen ganz wortwörtlich unsere Stadt gestaltet. Beiden verdanken wir viel, und die Ehrung ist der verdiente Lohn für den jahrzehntelangen Einsatz für unsere Stadt!“



Robert Thaler wurde mit der Bürgermedaille ausgezeichnet. Foto: Privat

FRAKTIONSSITZUNGEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Liebe Genoss:innen,

zu dem Ehrenamt als Stadtrat gehört auch die Teilnahme an den wöchentlichen Fraktionssitzungen. In diesen besprechen wir Antragsideen, beratschlagen über anstehende Ausschüsse und berichten von Gesprächen mit Bürger:innen, Vereinen, Unternehmen, etc. Diese Sitzungen sind parteiöffentlich (mit Ausnahmen, wie z.B. Personalanlässen der Stadt). Wir laden euch herzlich dazu ein, an diesen teilzunehmen. So könnt ihr einen Einblick gewinnen, wie wir als Fraktion arbeiten, welche Themen aktuell sind oder z.B. vorbereitet werden.



SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat

Nachstehen die Termine:

08.04.	20:00	Rathaus, 14. OG
15.04.	19:00	Rathaus, 14. OG
22.04.	19:30	Rathaus, 14. OG
29.04.	19:00	Rathaus, 14. OG
06.05.	19:00	Rathaus, 14. OG
13.05.	19:30	Rathaus, 14. OG

Bitte meldet euch vorab bei Katja Rabold-Knitter im Fraktionsbüro (spd.fraktion@stadt.erlangen.de / 09131/862225), wenn ihr an einer Sitzung teilnehmen möchtet. Bitte gebt dabei gleich an, wenn ihr ein Thema habt, das ihr gerne besprechen möchtet. Dann kann dies in der Tagesordnung berücksichtigt werden.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

628.532 MENSCHEN FORDERN BESSERE VERSORGUNG

VON MARTINA STAMM-FIEBICH

Wenn Sie in den letzten Monaten Ihrer Arztpraxis einen Besuch abgestattet haben, dann hatten Sie vermutlich die Gelegenheit, eine dort ausliegende Petition zu unterschreiben.

Konkret forderte diese: „Die Rahmenbedingungen für die ambulante Versorgung zu verbessern. Derzeit steht die Sicherstellung dieser Gesundheitsversorgung in Deutschland auf dem Spiel. Die wohnortnahe, flächendeckende und qualitativ hochwertige ambulante Versorgung rund um die Uhr war ein Wert, der unser Land ausgezeichnet hat und den die Bürgerinnen und Bürger schätzten. Jetzt aber stehen die Praxen vor dem Kollaps, sie arbeiten bis zum Anschlag und ihre Kräfte gehen zur Neige.“

628.532 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben diesen Text und machten die Petition zur unterschrittenstärksten Petition in der Geschichte des Bundestages. Der Petent und Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, stellte in der öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses fest: „Wir stehen vor einem Kipppunkt und haben große Sorgen, dass die Versorgung der Menschen durch die Praxen perspektivisch wegbriecht und nicht mehr regenerierbar ist“. Das ambulante System werde seit Jahren kaputtgespart. Es fehle massiv an Personal. Der Bürokratieaufwand werde immer größer.



Martina Stamm-Fiebich,
Unsere SPD-Bundestagsabgeordnete

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach erschien persönlich als Vertreter des Gesundheitsministeriums, ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Unterzeichnern der Petition und dem Petitionsausschuss. Er bestätigte, dass es derzeit großen Reformbedarf gebe, widersprach aber der Kritik der Opposition, dass die Probleme erst mit Amtsantritt der derzeitigen Regierung begonnen hätten.

Für die aktuellen Probleme im deutschen Gesundheitssystem machte der Bundesgesundheitsminister Fehler aus der Vorgängerzeit verant-

wortlich. Probleme beim ärztlichen Nachwuchs seien auf zu wenige Medizinstudienplätze zurückzuführen, ein Ergebnis der wenig vorausschauenden Sparpolitik unter CDU/CSU. Die Zahl der Medizinstudienplätze hätte demnach schon seit langem um 5000 pro Jahr erhöht werden müssen. Trotz der nun durch die Ampelregierung neu geschaffenen Medizinstudienplätze „werden wir einen Arztmangel, wie es ihn jetzt schon bei Hausärzten gibt, bei fast allen Facharztgruppen haben“, sagte Lauterbach.

Außerdem werde in den Praxen nun auf Digitalisierung umgestellt. Von der elektronischen Patientenakte, so Lauterbach, habe der Arzt unmittelbare Vorteile. So würden unter anderem telemedizinische Leistungen auch abgerechnet. Als weitere Fehler der Vergangenheit benannte der Minister die Beibehaltung der Arzneimittelregresse und der Budgetierung. All dies gehe die jetzige Bundesregierung an und Lauterbach verwies auf das geplante Versorgungsstärkungsgesetz, das sich derzeit in der Koordinierung der Bundesregierung befindet und in Kürze dem Bundestag zugeleitet wird. Klar sei für ihn, dass es keinen Sinn mache, in die derzeit ineffektiven Strukturen mehr Geld zu geben.



Der Petitionsausschuss befasste sich in der vergangenen Sitzungswoche mit der Petition mit den meisten Unterschriften in der Geschichte des Bundestags. Foto: Thomas Imo / photothek

ZEITENWENDE?

VON VOLKER LANG

Mehrere Historiker*Innen, die auch Parteimitglieder der SPD sind, haben in der Süddeutschen Zeitung einen „Brandbrief“ an den Parteivorstand zum Umgang mit dem russischen Angriffskrieg geschrieben. Sie kritisieren den Umgang der Partei mit dem Krieg in der Öffentlichkeit und leiten daraus ab, dass das Verhalten nur dem Aggressor Russland, bzw. Putin nütze. Ich habe mich sehr über den Brief gefreut, da er inhaltlich weitgehend meine Wahrnehmung in den letzten Wochen abbildet. Sie kritisieren auch die unterschiedlichen Botschaften, die von unterschiedlichen Stimmen der Partei und SPD-Regierungsmitgliedern gesendet werden. Die drei Kritikpunkte sind folgende:

KOMMUNIKATION DES KANZLERS UND FRAKTIONS-FÜHRUNG

Die Kommunikation der Partei- und Regierungsspitze zu Waffenlieferungen wird öffentlich kritisiert und das zu Recht. Vorgebrachte Argumente und Begründungen seien „immer wieder willkürlich, erratisch und nicht selten faktisch falsch“. Auch sei die Abstimmung mit den Verbündeten „unzureichend“. Es würden „rote Linien nicht etwa für Russland, sondern ausschließlich für die deutsche Politik“ gezogen werden. Rolf Mützenich sprach von „Einfrieren“ des Ukrainekrieges, was „faktisch eine Beendigung zugunsten des Angreifers

bedeuten würde“. Die SPD agiere mit einem „kurzsichtigen Friedensbegriff, der sowohl die Erfahrungen mit den Minsker Verträgen [...] und nicht zuletzt die Drohungen Russlands, weitere europäische Ländern anzugreifen, ignoriert“.

AUFARBEITUNG DER RUSSLANDPOLITIK

Die „Verstrickungen“ einiger Genoss*Innen mit Interessenvertretern Russlands und die durch die Energiepolitik herbeigeführte „fatale Abhängigkeit von Moskau“ wurden bisher nicht „ernsthaft problematisiert“. Die Tradition der Bahrschen Außenpolitik würde nach wie vor „unkritisch und romantisierend als Markenzeichen der SPD hochgehalten“, wodurch sich die Partei unglaublich und angreifbar mache. Das falsche Bild russischer Politik und seiner Interessen sei eine „gefährliche, weil irrierte Basis“ für künftige Außenpolitik.

WISSENSCHAFTSKRITIK

Als „besonders problematisch“ wird kritisiert, dass die SPD nicht auf Expert*innen der Sicherheitspolitik oder Wissenschaftler*Innen mit Schwerpunkt Osteuropa oder Völkerrecht höre, bzw. diese ignoriert würden. Man vertrete gar Positionen, die denen dieser Expert*innen „diametral entgegen“ stünden und bereite mit „ausgesprochen wissenschaftsfeindlichen Aussagen“ einer Desinformationskultur den Boden.

Die Kritik der Autoren ist scharf, deutlich aber sehr konkret. Sie deckt sich mit den Schmerzen, die ich habe, wenn ich Ralf Stegner oder Rolf Mützenich zu dem Thema sprechen höre. Vertreter anderer Sichtweisen, wie z.B. der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Nils Schmid, der auch 2022 bei uns im Kreisverband bei einer Veranstaltung war, sind kaum wahrnehmbar. Andere, wie jetzt Michael Roth oder der frühere verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion, Fritz Felgentreu, hören auf. Personen, die klar Stellung beziehen und klar kommunizieren, erhalten öffentlich auch viel Zuspruch. Nicht umsonst ist Boris Pistorius einer der beliebtesten Politiker des Landes, trotz seines schwierigen Jobs und vieler Abwägungen. Aber seine Kommunikation und sein Handeln sind stringent, das schätzen die Menschen. Wenn wir aber A sagen (Zeitenwende, Aufarbeitung Russlandbeziehungen), aber B tun, verlieren wir nachvollziehbarer Weise weiter das Vertrauen großer Teile der Bevölkerung. Der Zustand der Union müsste es uns eigentlich leicht machen, zu profitieren. So bieten wir kein gutes Bild und werden nicht als verlässlich wahrgenommen.

Unterschrieben haben den Brief Prof. Dr. Jan C. Behrends, Prof. Dr. Gabriele Lingelbach, Prof. Dr. Dirk Schumann, Prof. Dr. Heinrich August Winkler und Prof. Dr. Martina Winkler. Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, sollten wir den Historiker*innen ein Ohr schenken.



...SCHENK MIR DOCH EIN KLEINES BISSCHEN GLÜCK!

VON MONIKA FATH-KELLING

Was „verbindet“ Wirtschaftsform, Gesellschaftsklima, individuelles Glücksempfinden und das „unerwartete“ Aufwallen von Kriegslust.

Am Anfang war... der Zusammenbruch der Wirtschaft und der Finanzen des Laisser-faire-Liberalismus 1929 in Amerika. Dann sprach US-Präsident Roosevelt, gottgleich, die Worte: Es werde „Newdeal“ ...

Nachdem sich der ungezügelter Raubtierkapitalismus in den USA mit dem Börsencrash 1929 selbst vor die Wand gefahren hatte, liess Präsident Roosevelt - fußend auf den Erfahrungen aus der Zeit des 1. Weltkriegs - mit dem (ordoliberalen) „Newdeal“ den Staat „lenkend in die Wirtschaftsbelange eingreifen“. So rettet er der amerikanischen Nation, und mit ihr all den kapitalistischen „Raptoren und Sauriern“, in letzter Minute den A...llwertesten mittels staatlicher Investitionsprogramme zum Beispiel.

Über den Beschnitt ihrer bis zu diesem Zeitpunkt praktisch uneingeschränkten Macht- und Einflussmöglichkeiten waren diese Urzeitexen des ungezügelter Liberalismus natürlich nicht begeistert. Diese Superreichen sammelten sich erneut mit leicht angepasster Formatierung: ihr mephistophelischer Guru hieß nun Walter Lippmann, dessen Hauptwerke, *The Good Society* in dem er mit Roosevelts New Deal „abrechnet“ und *Public Opinion*, sind bis heute äußerst einflussreich „am wissenschaftlichen Werk“. Als führender Kopf bringt er deren Geisteshaltung auf den langen Weg in die Institutionen. Ausgehend von der University of Chicago (dort wurde von diesen „Urviechern“ des Liberalismus mit dicker Kohle die „Wirtschaftswissenschaft“ anschubfinanziert, sozusagen die Geburtsklinik der später so berühmt-berüchtigten ChicagoBoys), über die London School of Economics ect. pp. kristallisiert die „wissenschaftliche Basis“ aus, die sich nun als ein „generationenüber-



greifendes Projekt“ Neoliberalismus nennt. Der Deutsche Alexander Rüstow prägte diesen Begriff bei einem internationalen Treffen in Paris (er sollte es bis zu seinem Tod bedauern, sich den Begriff nicht Urheberrechtlich gesichert zu haben). Die Deutschen Rüstow und Röpke flohen als einzelkämpferische Denker (mit durchaus nationalem und europäischen Einfluß) entnervt aus den von den „Sauriern“ gekaperten „neoliberalen“ Denkreisen. Seither kreist der Neoliberalismus Hayekscher und Lippmannscher Prägung wie verrückt um sich selbst und verheert den Globus.

Auch wenn Walter Lippmann sich später teilweise vom Marktradikalismus eines Friedrich August von Hayek halbherzig distanzierte, ist er der geniale Propagandist des neoliberalen Konsumkapitalismus. Merkel sollte das später „marktkonforme Demokratie“ nennen:

Du suchst „ein kleines Stückchen Glück“ als Bevölkerung??!Kauf es dir!

Deine Leistung wird sich zwar für die Reichen ganz besonders lohnen, aber ein kleines Stückchen Glück wird - entsprechenden Leistungswillen und Selbstoptimierung vorausgesetzt - für dich drin sein, so das Versprechen. Erwartungsgemäß nehmen die sozialen Verwerfungen,

stets in direkter Abhängigkeit zur Reichtumsanhäufung, exponentiell zu. (In Deutschland und Europa, die eher den Ordoliberalen, Alexander Rüstow und Kollegen, zuneigten, wurden und werden diese Verwerfungen noch etwas abgemildert.) Nun werden die Bevölkerungen, trotz des „Anrechts auf ihr Streben nach Glück“, wegen der Nicht-mehr-Einlösbarkeit des Konsum- und Aufstiegsversprechens unruhig. Die Menge an „Abgehängten“, gesellschaftlich nicht mehr Mitgenommenen also „Überflüssigen“, dem „Trash“ (Müll, so werden sie in den USA benannt!) in den Bevölkerungen wächst an. Selbst bei manchen der Reichtumsverwöhnten macht sich die panische Angst vor der inneren Leere, der Horror Vacui breit und breiter.

Und dann sind sie plötzlich in Massen auf dem Markt: Die kleinen Portionen „Glück“!

Erst verschämt benutzt als Hilfsmittel zur Selbstoptimierung und Leistungssteigerung: Nikotin, Alkohol, Valium, Gras...., dann immer „unverschämter“, bis in die Selbstzerstörung durch das portionierte „Glück“: Gönn dir diese kleinen Momente „Glück“, deine kleine Aus-Zeit, du hast es dir verdient! Selig, die noch wie in der alten Werbung für einen Möchtegern-Cognac sagen können: Darauf einen Dujardin! ... Jedes Jahr

dramatisch mehr Drogentote zeigen, wie viele schon auf dem Rand des Müllcontainers bei der Restrampe tanzen, ein kurzer Blick auf das Fentanyl-Problem in den USA oder die Kokainmengen in den Abwässern europäischer Kommunen sollte genügen.

In dieser Lage gibt es nur ein einziges Mittel, um die Privilegien der Super-Reichen zu bewahren: KRIEG! Krieg bedeutet das Aussortieren der „Schwachen“, durch und mit dem neuen gemeinschaftlichen Ziel vor Augen: GEGEN DEN FEIND. Aber: „In Treue fest“ zur Grundregel des Neoliberalismus:

„Eine freie Gesellschaft benötigt eine bestimmte Moral, die sich letztlich auf die Erhaltung des Lebens beschränkt: nicht auf die Erhaltung allen Lebens, denn es könnte notwendig werden, das eine oder andere Leben zu opfern, zu Gunsten der Rettung einer größeren Anzahl anderen Lebens. Die einzig gültigen moralischen Maßstäbe für die „Kalkulation des Lebens“ können daher nur sein: das Privateigentum und der Vertrag.“

So drückte sich „Wirtschaftswissenschaftler“ Friedrich August von Hayek, , zynischer Theoretiker des Marktradikalismus aus, anlässlich des Starts eines bewusst durch-

geführten, menschenverachtenden Großversuchs in Chile zur Zeit Pinochets: Konsequente Anwendung neoliberalistischen Wirtschaftens unter realen Bedingungen...

Here we are now, dear friends... ob die bereits angezettelten und laufenden Kriege den Planeten schaffen, ob diese nicht neue, aber nun globale Welle des neoliberalistischen Irrsinns sich an sich selber brechen wird, oder das Anthropozän an dieser Stelle beendet wird? ...the answer is blowing in the wind...

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,

leider musste unsere JHV im März umständehalber entfallen.
Wir holen diese nun im April nach. Deshalb laden wir Euch herzlich zur

Jahreshauptversammlung
am 18. April 2024, um 20 Uhr, beim Turnerbund,
Spardorfer Str. 79, 91054 Erlangen, ein.

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Vorstellung des Rechenschaftsberichts
3. Vorstellung des Kassenberichts
4. Aussprache und Entlastung des Vorstands
5. 10 Jahre Florian Janik als OB – 10 Jahre SPD in der Stadtregierung
6. Bericht aus dem Bundestag von Martina Stamm-Fibich
7. Wahl der Delegierten zur Wahlkreis-Konferenz
8. Anträge
9. Sonstiges

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme.

Munib Agha

Sandra Radue

WANN SPRICHT DER BAYERISCHE MINISTERPRÄSIDENT

MARCUS SÖDER DIE WAHRHEIT?

VON STEFAN BARTH

Marcus Söder ist Ministerpräsident von Bayern und Vorsitzender der christlichen Partei CSU. Gut bekannt wurde er durch den umstrittenen Kreuz-Erlass und seine Auftritte bei den Faschingsveranstaltungen in Veitshöchheim. Seine Hauptbeschäftigung ist zurzeit gegen die Ampel zu demonstrieren und gegen die Ampel zu hetzen. Dabei nimmt er es mit der Wahrheit nicht so genau. Die CSU beschuldigt, zusammen mit der AfD, die Ampel, sie mache Deutschland in Energiefragen abhängiger vom Ausland, nachdem sie die drei letzten Atommeiler vom Netz nahm. Man muss wissen, dass Ministerpräsident Söder längst signalisiert hat, noch bevor die Untersuchungskommission ihre Arbeit begonnen hatte, dass es in Bayern keine geeignete Endlagerstätte für den Atommüll gibt. Nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima hatte er mit Rücktritt gedroht, sollte der Atomausstieg bis 2022 nicht wirksam werden. Im Wahlkampf nimmt man es mit der Wahrheit nicht so genau, das wissen auch die christlichen Parteien CDU/CSU und die faschistische AfD. Und bis die Wahrheit ans Licht kommt ist die Wahl vorbei.

Tatsächlich führt Deutschland seit rund 20 Jahren Jahr für Jahr mehr Strom aus, als es aus anderen Ländern bekommt. Frankreich, das auf Atomkraftwerke setzt, führt zurzeit Strom ein. In Frankreich wurden nukleare Beiträge im Jahr 2022 durch längere Wartungsabschaltungen von 18 AKWs und wetterbedingte Stromabschaltungen, an 56 Standorten, unterbrochen, was zu einer rekordverdächtig niedrigen nuklearen Verfügbarkeit in Frankreich führte. Am Tiefpunkt lag Frankreichs nukleare Verfügbarkeit etwa einen Monat lang bei 40 % der maximalen Kapazität. Dieser Einbruch veranlasste einige Kritiker dazu, die Zuverlässigkeit der Kernenergie und ihre potenzielle Rolle in Europas De-

karbonisierungsstrategie in Frage zu stellen. Wenn wir eine nachhaltige Zukunft sichern wollen, müssen Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb kurzer Zeit klimaneutral werden. Dafür muss sich unser Handeln umfassend, einschneidend und schnell verändern. Die Strom- und Wärmeversorgung von Unternehmen und Bürgern verursachen aktuell über ein Drittel der deutschen CO₂-Emissionen (34% in 2023). Um unsere Klimaziele zu erreichen, ist daher die Dekarbonisierung der gesamten Energiewirtschaft von zentraler Bedeutung. Aufgrund der Komplexität unseres Energiesystems gestaltet sich die Transformation jedoch als gesellschaftsübergreifende, anspruchsvolle Generationenaufgabe.

Der französische EDF, der Betreiber der Atomkraftwerke, sitzt auf einem Schuldenberg von rund 60 Milliarden Euro und wird verstaatlicht. Nach dem Motto: „Gewinne privatisieren und Schulden verstaatlichen“. Strom aus erneuerbaren Energien wird immer preiswerter. Ein Import ist also kein Zeichen für eine Abhängigkeit, sondern eine wirtschaftliche Entscheidung. So war es auch 2023. Der Import-Überschuss betrug im Jahr 2023 also bisher gerade einmal rund 0,9 TWh (zum Vergleich: Die öffentliche Nettostromerzeugung in Deutschland liegt bei 243 TWh). Allerdings sagt das nichts über die Abhängigkeit nach dem Atomausstieg aus, oder dass Deutschland gar den Großteil seines Stroms aus dem Ausland beziehen müsse.

Das Bundesamt für die Sicherheit nuklearer Entsorgung (BASE) hat die bayerische Forderung kritisiert, abgeschaltete Atomkraftwerke in Landesverantwortung weiterzubetreiben und betont, wie wichtig es ist, dass die politische Verantwortung für die nukleare Sicherheit in Deutschland bei der Bundesregierung liegt.

An Bayerns Grundschulen soll nach dem Willen von Ministerpräsident

Markus Söder (CSU) zwar die Vermittlung von Deutsch- und Mathematik-Kenntnissen gestärkt werden - aber nicht auf Kosten des Religionsunterrichts. Nach der Klausurtagung des bayerischen Kabinetts in St. Quirin am Tegernsee stellte der Ministerpräsident klar: „Wir haben uns sehr gut ausgetauscht, wir sind uns auch einig: Bei Religion wird nicht gekürzt.“ Kürzungspotenzial sieht Söder in erster Linie beim Englischunterricht an Grundschulen. „Erstmal muss man gut Deutsch können, bevor man über Englisch nachdenken kann“, argumentierte der CSU-Politiker. Bestimmt deshalb, weil bei ihm die Religion nicht angeschlagen hat und er, trotz des Religionsunterrichts, immer wieder lügt. Einer meiner Enkelsöhne ist Kunstschmied. Bei seinem Einsatz in Japan hätte er bessere Englischkenntnisse gebraucht. Statt 3 Stunden Englisch-Unterricht hatte er aber 3 Stunden Religion.

Nun protestiert Herr Söder Seite an Seite mit den Landwirten, nicht etwa gegen die AfD, nein, sondern mit der AfD gegen die Ampel. Die Union versucht jetzt, politisches Kapital aus den Protesten zu schlagen und im Zuge der Bauernproteste gegen die Ampel zu hetzen, obwohl sie in den 75 Jahren seit Gründung der Bundesrepublik 51 (!) (in Worten einundfünfzig) Jahre lang und von 2005 bis 2021 ununterbrochen das Landwirtschaftsministerium innehatte. Wenn eine Partei in Deutschland für den Zustand der Landwirtschaft verantwortlich gemacht werden kann, dann ist es die Union – und innerhalb dieser speziell die CSU, die geschlagene 31 Jahre lang das Ministerium besetzte. Dass Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied nun Seite an Seite mit der CSU die Ampel für ein angeblich von ihr verursachtes Höfesterben kritisiert, wirkt da wie ein Fest der Heuchler und Heuchlerinnen.

So ein Verhalten des bayerischen Ministerpräsidenten fand auch der

Vorsitzende des bayerischen Bund Naturschutz, Mergner, „unanständig“.

Der bayerische Ministerpräsident Marcus Söder hat deshalb den Titel „Lügenbaron“ verdient. In der deutschen Literatur gibt es zwar schon den Lügenbaron Münchhausen, aber dieser kann Söder kaum das Wasser reichen.

Neuerdings könnte Söder auch als Lügenkanzler in die Annalen eingehen, nachdem er sich auf dem Frankfasching in Veitshöchheim als

Kanzler Bismarck zeigte. Wenigstens einmal Bundeskanzler sein, das war schon immer sein geheimer Traum. Nach seiner Rede am Aschermittwoch in Passau ist er auch der aussichtsreichste Kandidat für den ersten Preis für die Dummheit.

Mit dem Stichwort „hundeliebe“ ist Markus Söder mit seiner Selbstinszenierung auf Kosten von Tieren, bei der Tierschutzorganisation Peta, unangenehm aufgefallen: Sie spricht von einer herzlosen Verharmlosung von Tierquälerei. Es geht um einen Post auf Söders Instagram-Account.

Dort hatte Söder Ende Februar ein Video eingestellt, dass ihn bei einer Schlittenhundefahrt in Schweden zeigt: Für diese „Verharmlosung von Tierquälerei“ verlieh Peta dem Bayerischen Ministerpräsidenten ihren Negativpreis „Speziesismus“ des Monats Februar: „Speziesismus“ bezeichnet – vereinfacht gesagt – die Annahme der Mensch sei allen anderen Arten überlegen und daher berechtigt, diese nach Gutdünken zu behandeln. Es ist ja bekannt, dass Markus Söder regelmäßig, mit fragwürdigen Aktionen auf Staatskosten, auffällt.

BRIEF AN MARKUS SÖDER

VON MONIKA FATH-KELLING

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder,

Ich wende mich an Sie explizit in Ihrer Eigenschaft als „Landesvater“.

So gelingt es mir hoffentlich besser meine tiefe Besorgnis über die politischen Vorgänge in unserer Republik und damit auch in unserem Land zu formulieren. Sie machen in den Medien ja den Eindruck, dass Sie ein „offenes Wort“ nicht nur vertragen, sondern einem „Um-den-heißen-Brei-herumreden“ vorziehen. Also umstandslos zur Sache!

Allenthalben wird nach Kräften zum Krieg getrommelt: Minister Pistorius will Deutschland kriegstüchtig machen. (nicht etwa nur die Bundeswehr verteidigungsfähig). Und überhaupt, DER Putin stünde übermorgen in Berlin, wenn IHM keiner „Einhalte gebiete“, WIR sollten uns auf einen Krieg mit Russland in 5-8 Jahren (wie immer diese Zahl zustande kommt) „einrichten“. Laut Herrn Kiesewetter, CDU, müssen wir den Krieg sogar „nach Russland tragen“, Frau Strack-Zimmermann, FDP, möchte zu diesem Zweck der NATO-Speerspitze Ukraine ganz unbedingt ein paar Taurus-Marschflugkörpern zukommen lassen, Herr Scholz, SPD, mit einem Wumms F-35 bei den USA ordern, was sich Herr Hofreiter und Frau Beck, GRÜNE, wünschen, gar nicht

weiter zu reden. Frau von der Leyen, derzeitige und wahrscheinlich künftige EU-Kommissionspräsidentin, will derweil den geplanten EU-Beitritt der Ukraine mit der steilen These legitimieren „DIE Ukrainer“ seien allesamt bereit für die „europäische Perspektive“ zu sterben. Sicher sind Ihnen all diese merkwürdigen Aussagen wohlbekannt.

Viel mehr Sorge als vor einem angeblich kurz bevorstehenden „brutalen völkerrechtswidrigem Angriffskrieg“ der Russischen Föderation auf NATO-Gebiet habe ich vor der Unfähigkeit und Unwilligkeit unserer Regierenden in Bund und den Ländern, im sehr dicht bevölkerten Deutschland dem Zivilschutz im Rahmen der erwünschten Kriegstüchtigkeit nicht den Stellenwert einzuräumen, der beim propagiert-angenommenen Angriffsszenario angebracht und notwendig wäre!

All das zusätzliche Geld der „Zeitenwende“ wird in (vornehmlich US)-Waffensysteme zweifelhaften Nutzens (F-35), Munition, „abschreckende“ Manöver versenkt, nichts in vorsorgendem Zivilschutz investiert. (Aufrüstung von THW und Feuerwehr, Rettungswesen, Luftschutz, Versorgung mit Medikamenten, Lazarettmaterial, Nahrung, Wasser, Notstrom... etc. pp.) Wie ist eigentlich der Katastrophenschutz organisiert, wenn die Bundeswehr anderweitig beansprucht ist und nicht im Zivilen

aushelfen kann? (schweres Räumgerät, LKW, technische Hilfestellung...) Gibt es dazu auch „Manöver“übungen?

Oder geht Politik davon aus, dass das Gros der einfachen Bevölkerungen sich nach dem Muster „survival of the fittest“ schon selbst organisieren wird?

Ich möchte von Ihnen in erster Linie wissen für was Bund, für was Land, für was die Kommunen – im anscheinend ja erwarteten – Ernstfall zuständig sind. Und welchen Grad von „Vorbereitet sein“ speziell die Landesregierung für ihre Zuständigkeiten vorhält. Als Politiker kann ich nicht permanent die Angstkeule schwingen und wenn der Ernstfall dann eintreten sollte, nur schreien DER Putin ist schuld!

„Wir wollen, dass sie (die Ukrainer) mit uns den europäischen Traum leben“ veröffentlicht Frau von der Leyen. Was ist denn eigentlich der genuine „europäische“ Traum derzeit? Zusammen mit der Ukraine im Krieg gegen Russland? Bitte nehmen Sie mir und vielen Bürgern mit Ihrer Antwort ein Stückweit die Angst, indem Sie uns wohlgeordneten, der Bedrohungslage angemessenen Zivilschutz nachweisen können.

Mit freundlichen Grüßen
ihr Landekind Monika Fath-Kelling

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender

Rolf Schowalter

RolfSchowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktversammlung vom 06.03.2024 im Distrikt Tennenlohe

TOP 1: Bericht von Dr. Jörg Langer zur Situation des Reichswaldes

Aus aktuellen Gründen hatten wir Dr. Langer kurzfristig eingeladen, um uns zu informieren

a) Die allgemeine Waldsituation in der näheren Umgebung angesichts der Klimaerwärmung:

Der Wald, der sich östlich von Tennenlohe bzw. südöstlich von Erlangen erstreckt, ist der Sebalder Reichswald mit ca. 10 000 ha, daneben gibt es südlich den Lorenzer Reichswald und den südlichen Reichswald, die zusammen die dreifache Fläche aufweisen. Von allen dreien ist der Sebalder Reichswald der durch den Klimawandel am höchsten Gefährdete. Es gibt Tabellen, die die Auswirkungen auf die verschiedenen Baumarten zeigen bei einem gemäßigten (2,5°) und einem größeren Temperaturanstieg (4,5°) bis 2100 [vorausgesetzt der Golfstrom kippt nicht, dann gibt es einen harten Temperatursturz]. Die Veränderungen haben enorme Auswirkungen: einige Baumarten werden komplett verschwinden: Lärche, Fichte, Kiefer, bei größerem Anstieg auch Tanne, Birke, Buche. Daraus resultiert die Notwendigkeit des Waldumbaus. Dr. Langer und sein Team vom Heimat- und Geschichtsverein Tennenlohe haben bereits ca. 4 000 klimaresistentere Bäumchen gepflanzt: Weißtanne, Esskastanie, Esche, Steineiche. Die Pflänzchen werden von der Forstbehörde gestellt, die Plätze werden ebenfalls angewiesen. Im Herbst soll es auch in die Brucker Lache gehen.

b) Die Fällaktionen im Reichswald.

Mitte Dezember 2023 wurden Spaziergänger/innen im Reichswald aufgeschreckt: riesige Schneisen wurden durch nicht fachmännische Maßnahmen in den Wald geschlagen, Bäume wurden regelrecht abgerissen. Es stellte sich heraus, dass an den Rändern des Bundesfortgebietes Brandschneisen geschla-

gen worden waren, ca. 30 Meter breit. Über die gesamte Länge gerechnet ergibt das eine Fläche von 30 ha. Nach den Waldbränden in Brandenburg und Norddeutschland wollte man vorbeugen und ging da zum Teil ziemlich dilettantisch vor. Einem Holzverwertungsbetrieb hat man die Aufgabe überlassen, der mit dem geschlagenen Holz bezahlt wird und entsprechend skrupellos vorgeht. Die Folgen der Fällungen sind Windbruch bei größeren Windstärken und außerdem die Gefahr der Austrocknung. Anfang Januar und im Februar berichteten die EN. Aufgrund vehementer Proteste wird der Staatsforst, der für einen großen Teil des Reichswaldes zuständig ist, bei seinen noch bevorstehenden Brandschneisaktionen wesentlich sorgfältiger und umsichtiger vorgehen.

c) Munitionsbelastung im Reichswald:

Vor einiger Zeit erhielt die Feuerwehr ein Betretungsverbot für die Waldareale, Schilder warnten die Spaziergänger und Pilz-/Beerensucher/innen vor dem Verlassen der gekennzeichneten Wege. Weil das Gebiet von den US-Amerikanern als Übungsgelände für Panzerschützen etc. genutzt worden war, befürchtet man Munitionsreste im Boden, die explodieren und Menschen gefährden könnten. Daher erhielten sogar Forstbedienstete Betretungsverbot. Nun sagen uns Leute, die sich sehr gut auskennen, u.a. schon Helmut Horneber in „Erlanger Bausteine“ (1995), dass nur bestimmte Areale von den US.Soldaten in dieser Weise genutzt worden sind, es seien auch dort nur Munitionsreste, also keine funktionsfähigen Granaten, zurückgelassen worden. Allenfalls könnten solche gefährlichen Überbleibsel noch aus der Zeit der Nutzung durch die deutsche Wehrmacht vorhanden sein. Dafür gibt es Anhaltspunkte. Auch hier ist das in Frage kommende Areal sehr begrenzt. Insofern ist die Situation hier vor Ort nicht mit den Truppenübungsplätzen in Mittel- und Norddeutschland zu vergleichen. Auch ist in unseren Gegen-

den noch nie eine Granate im Wald explodiert. Man hatte also mit dem rigorosen Betretungsverbot vorsorglich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, statt mit Augenmaß und Vernunft vorzugehen. Man hätte vielleicht auch in den 30 Jahren nach Abzug der Amerikaner im größeren Stil Entmunitionierungsaktionen in den potentiell gefährdeten Gebieten durchführen können. Aber das kostet Geld. Ein Leserbrief von Dietrich Puschmann, dem Obmann des Tennenloher Arbeitskreises des Heimat- und Geschichtsvereins, dazu erschien am 21.03.

TOP 2: StUB-Argumentation Kosten und Zuschüsse

a) Kostenexplosion:

Es wird von Seiten der Gegner immer wieder auf die exorbitante Kostensteigerung seit 2012 hingewiesen mit Verweis auf die Großprojekte Berliner Flughafen und Stuttgart 21. Dazu: wir backen zu einem wesentlich kleineren Brötchen. Zum andern: Wer von den Kritikern will bei seinem Gehalt/ seinem Lohn zurück auf den Stand von 2012? In den letzten 12 Jahre gab es enorme Zuwächse, die sich auf dem Gehaltszettel niederschlagen. Wenn man nur die Inflation berücksichtigt, sind es ca. 30%. Dazu kommen die Lohnzuwächse. Die Baupreise gingen nach oben. Ein größerer finanzieller Puffer für Unvorhergesehenes wird seriöser Weise eingerechnet. Wen wundert es da, dass die Kostensteigerung gegenüber 2012 mittlerweile ca. 60% beträgt?

b) Zuschüsse von Bund und Land: 90%. Inzwischen werden auch straßenbündige Bereiche, wenn sie einen bestimmten Prozentanteil nicht überschreiten, gefördert. Die Zuschüsse bleiben bei 90%, auch wenn die Kosten insgesamt steigen. Für Erlangen verbleiben 82 Millionen, wobei Planungskosten darin schon eingerechnet werden. Bei einer Ablehnung der StUB wird das Geld nicht eingespart, es steht bereit und geht dann an ein anderes größeres Projekt in Deutschland, nicht in die Metropolregion.

c) Bei den Unterhaltskosten wird die Infrastruktur der Nürnberger Straßenbahn (Wartung, Reparaturen) mitgenutzt.

Früher ging man bei den Unterhaltskosten von jährlich 6,5 Millionen Euro aus, da sind aber die Einnahmen durch Ticketverkauf nicht eingerechnet. Der Zweckverband geht hier von mehr als 4 Millionen an Einnahmen aus.

TOP 3: Tennenloher Bote:

Die Themen werden besprochen und die Aufgaben verteilt.

Rolf Schowalter
(in Vertretung des Schriftführers und der stellvertretenden Schriftführerin)

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

**am Mittwoch,
10.04.2023, 19:30 Uhr,
Gasthaus „Zum Schloss“,
Schlossgasse 7**

Tagesordnung:

1. Berichte
2. Aktuelles

3. Dieter Kielhorn: Bericht vom Besuch in Wladimir.
4. Ausblick auf Europawahl und StUB-Entscheid
5. Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Treffen im Mai:
15.05.24 JHV,
Gasthaus zum Schloss, 19.30 Uhr

DISTRIKT WEST

Vorsitzende

Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn
felizitas.traub-eichhorn@fen-net.de

Treffen des Distrikts West am 21.02.2024

In der Distriktsitzung West am 21.02.2024 war Reiner Lennemann, Leiter des „Amtes für Umweltschutz und Energiefragen“, als Referent eingeladen. Sein Amt wuchs in seiner mittlerweile 20-jährigen Dienstzeit von 25 auf 60 Mitarbeiter*innen. Es gehört zum Referat für Umwelt- und Klimaschutz, dem Sabine Bock vorsteht. Die Sachgebiete des Amtes sind Wasserrecht, Bodenschutz, Emissionsschutz (Gase, Stäube, Lärm), Natur- und Gewässerschutz. Bezüglich Lärmbelastung gibt es derzeit keine Beschwerden über die A73, jedoch über die Mönau-, die Paul-Gossen-Straße und Fürther Straße. Beim Streifen des Themas StUB war Lennemanns Feststellung, dass die zwei neu zu bauenden Schleusen am Main-Donau-Kanal wesentlich mehr als die StUB kos-

ten. Ein Hauptthema seines Amtes ist derzeit die kommunale Wärmeplanung, die Ende 2024 fertig sein soll. Die Pflichten daraus treten erst in Kraft, wenn die Wärmeplanung vorliegt.

Beim Energieverbrauch ist ein „Rebound“-Effekt eingetreten, so wird zum Beispiel durch weniger Stromverbrauch durch LEDs wiederum mehr beleuchtet.

Beim Abfall ist keine Veränderung in den letzten 30 Jahren eingetreten, die Recyclingquote beträgt ca. 40% vom Verpackungsabfall.

Unsere Erlanger Kläranlage ist energieneutral. Bei der Landwirtschaft ist artenschonende Beratung gefragt. Es gibt 30 Haupteinzelbetriebe in Erlangen.

Katrin Hurle

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere nächste Distriktsitzung findet am

**Mittwoch, den 24.04.2024,
um 20 Uhr im Gütlein
(Dorfstraße 14) statt.**

Diesmal widmen wir uns dem Thema Türkei. Unser Genosse Zafer Titiz wird dazu berichten.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

DISTRIKT OST

Vorsitzender

Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit möchten wir euch

**am Dienstag, den
16.04., um 19 Uhr zu unserer
Distriktsitzung in den
Brückenpaulus (Pizzeria
Romano, Schronfeld 74,
Nebenraum) einladen!**

In dieser und den nächsten Sitzungen wird das Thema Europa im Mittelpunkt stehen. In der April-Sitzung am 16.4. möchten wir die

Themen „Arbeit“, „Migration“, etc. besprechen. Ausgehend von diesem Input wird Andreas das Thema „Arbeitsmigration. Wege nach Deutschland für Fachkräfte, Auszubildende und Arbeitsplatzsuchende“ beleuchten.

Wir freuen uns auf euer Kommen!

Bitte meldet euch bei Fragen oder anderweitigen Anliegen per Mail:
felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Sandra, Simon und Felix

Vorsitzender

Christian Stiegler
stiegler.christian@gmx.de

Protokoll der Distriktsitzung vom 06.03.2024**TOP 1: Kennenlernen**

- Manfred Jelden berichtet von seinen Erfahrungen als Distriktvorsitzender; Eltersdorf traditionell sehr CSU-geprägt; früher gab es auch eigene SPS-Eltersdorf-Zeitschrift
- Besprechen, welche Eltersdorfer Genossen prinzipiell dazu bereit wären mit Wahlkampf zu helfen bei Flyer-Verteilung etc.
- Distrikt-Konto wurde aufgelöst
- Schaukasten-Bestückung übernimmt Christian Stiegler

TOP 2: Neuwahl des Distrikt-Vorsitzenden

- Christian Stiegler wurde einstimmig zum neuen Distrikt-Vorsitzenden gewählt
- Christian Maurer wurde einstimmig zum neuen stellvertretenden Distrikt-Vorsitzenden gewählt

TOP 3: Wahlkampf: StUB und Europa

- Es soll eine oder mehrere Veranstaltungen bis Juni in Eltersdorf stattfinden
- Am besten zum Thema „Was bringt die StUB für Eltersdorf?“

- Man muss den Eltersdorfern klar machen, warum die StUB wichtig ist
- Idee: Planung eines Busanschlusses zur StUB von Eltersdorf, über Tennenlohe zur StUB
- Am besten Veranstaltung mit Florian Janik, um auch Präsenz in Eltersdorf zu zeigen
- Veranstaltungsort können die Räumlichkeiten von St. Kuni-gund sein
- Im Wahlkampf: Plakatierungen und Flyer-Verteilung geplant, evtl. Tür-zu-Tür-Wahlkampf

TOP 4: Aktuelles aus der Ortsbeirat
Wichtige SPD-Themen die vorange-trieben werden sollen:

- Radwegenetz-Ausbau durch Eltersdorf; Verbindung nach Bruck, Stadeln und nach Tennenlohe (Thema auch schon historisch von SPD Eltersdorf)
- Verkehrsberuhigung, weniger Verkehr durch Eltersdorf (historisch war das auch die Orts-umgehung); Maßnahmen-Vorschläge der Stadt sollen verstärkt nachgegangen werden
- Erhöhung der Bus-Taktung nach Eltersdorf durch ESTW

Christian Stiegler

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere nächste Distriktsitzung findet statt

**am Donnerstag, den 11.04.,
um 20:00 Uhr in der
Trattoria da Tommaso,
Schießhausstr. 3
in Eltersdorf.**

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist wie folgt:

1. Aktuelles
2. Ausblick auf Europawahl und StUB-Entscheid
3. Aufgabenverteilung
4. Verschiedenes

Mit solidarischen Grüßen,
Christian

Vorsitzender

Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere nächste Distriktsitzung findet statt

**am Mittwoch, den 10.4.,
um 20:00 Uhr
im Bürgertreff Berliner
Platz, Berliner Platz 1.**

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist wie folgt:

1. Aktuelles aus dem Stadtteilbeirat
2. Aktuelles aus dem Stadtrat
3. Bürgerentscheid zur StUB
4. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Richter
Vorsitzender

Vorsitzende

Sophia Waldmann
Chantal-Sophié Eidt
info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,

im April 2024 treffen wir uns

- **Am 09.04.** beschäftigen wir uns weiter mit dem Programm der SPD zur Europawahl. **Beginn ist um 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus** (Friedrich-List-Straße 5 in Erlangen, Eingang unten über den Parkplatz).
- **Am 23.04.** geht es voraussichtlich um feministische Netzpoli-

tik. Gleichzeitig laden wir hier besonders neue oder inaktive Mitglieder ein, mal (wieder) vorbeizuschauen. Ort und Zeit werden wir euch noch rechtzeitig mitteilen.

Aktuelle Infos erhaltet ihr immer auch über Slack und Instagram.

Wir freuen uns auch euch!

Euer Vorstand

AG 60+

Vorsitzende

Monika Fath-Kelling
Telefon: 09131 897065
kellingmo@nefkom.net

Protokoll der Sitzung vom 13. März 2024, 15 - 17 Uhr in der Thalermlühle

Monika begrüßt die Anwesenden und stellt uns Reinhilt Häusler vor: über ein halbes Jahrhundert schon SPD-Mitglied, aber nun zum ersten Mal bei 60+ dabei. Unsere im Monatsspiegel veröffentlichten Protokolle und Artikel ermutigen sie, aktiv zu werden und sich an unseren Diskussionen über Friedens- und Parteiarbeit zu beteiligen.

In der traditionellen Runde „Berichte und Befindlichkeiten“:

- berichtet Frank über seinen anstehenden Vortrag beim TDS (Türkisch Deutscher Solidaritätsverein). Im Rahmen der Mitgliederversammlung des TDS am 22. März 2024 wird er Einblicke geben in seine Kriegserinnerungen als Kind und Jugendlicher, insbesondere seine traumatischen Erinnerungen an die Flucht aus dem damaligen Ostpreußen 1945 sind Thema. (TSD Michael-Vogel-Str. 1d, 1. Stock).
- Monika berichtet über ein Online-Treffen der SPD-internen Gruppe MDW (Mehr-Diplomatie-wagen.de) vom 11.3. Ein Teilnehmer aus der Fraktion berichtete hier über die Schwierigkeiten mit Diskussionskultur und Sprachlosigkeit, selbst innerhalb der SPD-Fraktion, es gäbe nicht einmal dort Einigkeit über den friedenspolitischen Kurs von Kanzler Scholz. Sogar

über politische Begriffsdefinitionen gäbe es „Uneinigkeit“ bis zu empörter Auseinandersetzung. Monika erzählt dort vom Plan der Erlanger SPD, einen „Vorspann“ von ca. 30 Minuten vor Kreisvorstandssitzungen zu etablieren, in dem Begriffsklärungen diskutiert werden sollen, um der um sich greifenden empörten Sprachlosigkeit zu begegnen. Bei der Einladung wird der zu klärende Begriff vorgeschlagen, so kann man vorbereitet in die Diskussion starten. Damit wieder klar wird, über was überhaupt gestritten wird! Jeweils eine Begriffsbedeutung pro Sitzung, Monika wird mit Sandra darüber sprechen und mit ihr gemeinsam versuchen, solch ein „Format“ zu gestalten.

- Dieter berichtet über seine private Reise mit Leuten aus dem Partnerschaftsverein Rothenburg o.T. nach Susdal. Da der Unterstützerverein Erlangen-Wladimir sich aufgelöst hat und es den, (vom Außenministerium geförderten?) Beschluß gibt, die Partnerschaften mit russischen Städten „auf Eis“ zu legen, suchte Dieter aktiv nach einer Möglichkeit nach Russland zu reisen und schaffte das über ein Mitglied das in beiden, dem Erlanger als auch dem Rothenburger Verein (ca.200 Mitglieder), aktiv war. So reiste Dieter mit 3 Personen aus Rothenburg im Februar über Istanbul – Moskau nach Susdal. Das Visum erhielten sie ohne Probleme

online. Am Flughafen Moskau wurden sie abgeholt und nach Susdal gefahren und dort in Familien untergebracht. Sie wurden vom kompletten Susdaler Verein (ca.50 Personen) mit großer Freude, fast wie „Helden“ empfangen, die sich von einer Reise nicht abhalten ließen. Wo keine aktiven, ausreichenden Deutsch- und Russischkenntnisse vorhanden waren, gelang die Verständigung über eine Sprach-App überraschend problemlos. Mit seinen Gastgeberinnen stattete Dieter auch dem ca. 30km entfernten Wladimir einen Besuch ab. Er war im Erlangen-Haus und es gab eine herzliche Begegnung mit dem dortigen Unterstützungsverein. Im Erlangen-Haus unterrichtet nach wie vor das Goethe-Institut, die Unterhaltungen fanden auf Deutsch statt. (Auf der letzten KMV hielt Herr Ott, einer der Partnerschaftsbeauftragten der Stadt Erlangen, ein Referat zum Thema Städtepartnerschaften in Krisenzeiten. Leider konnte er sich dort zu Dieters persönlicher Frage, wie es nun von Erlanger Seite aus mit der Partnerschaft Wladimir weitergehe, nicht äußern, da er für den osteuropäischen Bereich der Partnerschaften nicht zuständig sei. Das war ein großer Wermutstropfen bei dieser an sich spannenden Themenstellung.) Laut Hems Einwurf soll es vom Stadtrat Erlangen keinen Beschluß geben die Partnerschaft zu beenden, sondern es soll heißen: „Die Städtepartnerschaft auf unbestimmte Zeit ruhen lassen“. Susdal feiert im August 1000-jähriges Jubiläum, Dieter möchte Leute, die sich an solch einer privaten (über den Rothenburger Verein geplanten) Reise teilnehmen wollen, ermutigen, sich gern bei Monika zu melden, sie vermittelt dann Interessenten Dieters Adresse für weitere Fragen.

Eine Diskussion führen wir in Erinnerung an den (wieder sehr eindrücklichen) Frauenempfang

des SPD -Unterbezirks ERH und des Kreisvorstands Erlangen mit Katarina Barley als prominentem Gast. Die Einschätzungen ihrer Antwort auf die Frage nach der Notwendigkeit über eigene europäische Atomwaffen, bildet den Ausgangspunkt unserer Diskussion. Eine Aufrüstungsdebatte im Stile Franz Josef Strauß' aus den 50igern nutzt nur der Rüstungsindustrie. „Endlich ohne Ballast am regulären Haushalt vorbei die Auftragsbücher von Rheinmetall+Co. füllen“ (Ralf Stegner) – die nukleare Gefahr, das globale Zerstörungspotential MUSS immer mitgedacht werden. Trotz Abrüstung ist noch ein mehrfaches Zerstörungspotential für die Menschheit vorhanden, da schaffen ein paar europäische Atomwaffen keinen Deut mehr Sicherheit, im Gegenteil...Merke: Spiele nie innere + äußere Sicherheit gegen soziale Sicherheit aus!...(Wer eine komplett andere Meinung zum Thema lesen möchte: unter IPG NukleJA von Philipp Legrain) Und Ja, wir sind nicht Putinophil, sondern fühlen uns als Menschenfreunde. Politik ohne humanen Anspruch ist keine...

Sonstiges:

- Dieter fragt nach Unterstützungsmaterial zum Thema EU-Wahl.
- Hem verweist auf die Briefe von Harry Schreyer (im MS), zur „gewogenen“ Lektüre, weil sie was Parteiverständnis, Parteiarbeit und Kommunikation zur Basis angeht sehr diskussionswürdiges zu sagen haben.
- Im vergangenen Jahr bereiste Dieter Moldawien und Transnistrien. Dazu bietet Dieter demnächst seinen kleinen persönlichen Reisebericht bei uns an, im Hinblick auf die EU/Europawahlen sicher spannende Einblicke eines aufmerksamen Beobachters.

Nächster Termin:

AG60+, Mittwoch, 10. April 2024, 15:00 Uhr, Erlangen, Thalermühle

Protokoll:

Renate + Monika

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN

EINTRETEN FÜR DIE
#TARIFWENDE

DGB

**MEHR LOHN
FREIZEIT
SICHERHEIT**

ERLANGEN

**10:00 Uhr Auftakt
mit anschließender Demo
Neustädter Kirchenplatz**

Auftakt: Petra Rothe,
Vorsitzende DGB Erlangen/Höchstadt

Grusswort: Dr. Florian Janik,
Oberbürgermeister Stadt Erlangen

**RAHMEN-
PROGRAMM:**

Musikalische Umrahmung
mit **Haj-Trio**

Infomeile nahestehender
Organisationen

Essen und Getränke
Informationen, Kontakte
und vieles mehr!

**11:00 Uhr Maikundgebung
Ort: Neustädter Kirchenplatz**

Hauptredner:

DR. ANDREAS KELLER

stellvertretender
Vorsitzender GEW

Ausserdem: Kinderunterhaltung mit Clownprogram
Francesca Furiosa Mimosa



Änderungen entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder
mittelfranken.dgb.de